Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

- **Die Bildung der Regierung – Zweiter Akt eines politischen Dramas**
- **Griechenland: Syriza-Regierung zahlt 1,4 Milliarden Euro an ärmere BürgerInnen aus und vermeldet erste wirtschaftliche Erfolge**
- **Der „soziale Zusammenhalt“ ist wichtig! Aus der Kölner Analyse zur Bundestagswahl**
- **Chancen und Fallstricke – Die EU hat eine Säule sozialer Rechte bekommen**
- **Vorschlag an Die Linke, sich mit dem Jubiläum zum Ende des Großen Krieges ernsthaft zu befassen**
- **Kalenderblatt: 1920, Österreichs Arbeiterkammer – gegründet in der Ersten Republik**

Ausgabe Nr. 12 am 8. Dezember 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen
www.linkekritik.de/pb1712-pdf.html
www.linkekritik.de/pb1712-text. html

Brexit – Start der zweiten Verhandlungsrunde fraglich

Scheitern könnte das am Veto des EU-Mitgliedsstaates Irland. Die Unionisten dort, die eine staatliche Einheit der irischen Insel wollen, haben angekündigt, sich querzustellen. Die Gelegenheit möchten einige nutzen, ein Referendum über die Einheit der Insel zu fordern. Eine EU-Außengrenze quer durch die irische Insel ist schlicht undenkbar – im Prinzip wird daran die Erschütterung absehbar, die eine, wenn auch nur in Teilen geplante Rückabwicklung der EU auslösen kann. Die britische Regierung hat ausdrücklich erklärt, sich auf keine Sonderregelungen für Nordirland einlassen zu wollen – man kann nur hoffen, dass es hier noch Bewegung gibt. Denn die Grenze zwischen Nordirland und Irland wird in jedem Fall Sonderwirtschaftszone – legal, was der bessere Weg wäre – oder die vielfältigen wechselseitigen Beziehungen werden sich andere Wege bahnen. Ob man es darauf ankommen lassen will?

Industriepolitische Absichten

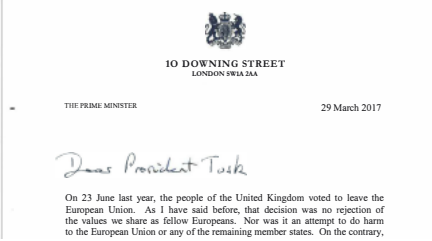
„Die Regierung in London setzt auf ein Comeback der Industriepolitik", das sei das Rezept der britischen Regierung, wie die Wirtschaft des Landes trotz des Brexits wachsen soll (FAZ 28. November 2017). Seit 1996 ist die Industrieproduktion in Großbritannien der FAZ-Grafik zufolge von 17 auf 10 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt gefallen, wobei bis 2008 jährlich fallend, danach auf dem Niveau von 10% stagnierend. Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich dieser Trend umkehre, haben sich alle britischen Regierungen der letzten zwanzig Jahre vorgenommen. Theresa May hat jetzt einen Aktionsplan „industrielle Strategie" mit ihren Vorstellungen bezüglich staatlichen Steuerungsmöglichkeiten vorgelegt. „Wo er einen Unterschied machen kann", wird der Staat „entschieden intervenieren", zitiert die FAZ den Plan und führt aus: „Jahrzehntelang war im wirtschaftsliberalen Großbritannien eine solche staatliche Lenkung verpönt." „Künstliche Intelligenz und Big Data, ‚grünes Wirtschaftswachstum', die Mobilität der Zukunft und Angebot für die alternde Gesellschaft" – bei diesen vier gesellschaftlichen Bereichen sieht Wirtschaftsminister Greg Clerk Optionen, der britischen Wirtschaft zu einer führenden Rolle weltweit zu verhelfen. Investieren soll der britische Staat in die technische Ausbildung an den Schulen, in berufliche Umschulungsmaßnahmen, ins Netz von Ladestationen für Elektroautos und in mehr schnelle Internetverbindungen.

Lang verschleppte Strukturprobleme

Die ökonomische Tristesse in früher industriell geprägten Regionen wie Wales, Nordirland und Cornwall steht im krassen Gegensatz zur wirtschaftlich brummenden Hauptstadt London, der Abbau von Industriebetrieben seit den Endsiebziger Jahren ist permanent, Investitionen fehlen, Dienstleistungen vom Einzelhandel bis zur Finanzdienstleistung dominieren, die Millionen neuen Jobs sind schlecht bezahlt, Produktivitätsentwicklung findet nicht statt, im Gegenteil: „Die britische Produktivität liegt mittlerweile 15 % unter dem Durchschnitt der führenden sieben Industrienationen (G7)", stellt die FAZ fest.

In dieser Lage: raus aus der EU?

Nur wenige Stimmen in Großbritannien sind zu hören, die laut sagen, dass der Brexit die Ausgangsbedingungen für die Lösung der strukturellen Unterschiede und Probleme Großbritanniens verschlechtert und dass die Propaganda der Brexitkampagne, der Austritt aus der EU sei Garantie für die Trendwende, eine wohlfeile Lüge war. Es ist ein konservativer Oberhausabgeordneter, Michael Heseltine, der den Verzicht auf den Brexit fordert; Labour beschränkt sich darauf, die Pläne der konservativen Regierung genau zu untersuchen und zu kritisieren, legt aber keine eigene Position vor. Priorität hätte die Wahl einer radikal sozialen und demokratischen Regierung, alsdann würde sich die Position zum Brexit schnell klären. In den britischen Gewerkschaften fürchtet man „Singapur"-Zustände, wenn die Tory-Regierung nach dem Brexit ohne Rücksicht auf EU-Standards gesetzliche Regelungen ändern wird: „Low tax, low wage, low regulations, low worker protection" – niedrige Steuern, niedrige Löhne, wenig Regulierung, wenig Arbeitnehmerschutz. Der TUC (Trade Unions Congress, Gewerkschaftsverband) begrüßt die Äußerungen der britischen Regierung, die Beteiligung an den EU-Wissenschaftsprogrammen fortzusetzen. TUC listet die Geldflüsse aus der EU in Forschungsprojekte in Großbritannien auf, z.B. in 2015 1,21 Milliarden von Horizon2020, die höchste Summe aller Mitgliedsstaaten; Nettoeinnahmen aufgrund der Ansiedlung der Europäischen Arzneimittel-Agentur und des Forschungszentrums für die gemeinsame europäische Taurus-Fusion (JET). Sicher ist aber gar nichts im derzeitigen Stadium der Verhandlungen. Die psychologische Wirkung von Äußerungen des Schatzministers Philip Hammond, die die Wachstumsprognose nach unten korrigieren und bis 2021 ein Lohnniveau unter dem von 2008 vorhersagen, ist kaum abzuschätzen.


10 DOWNING STREET
LONDON SW1A 2AA

THE PRIME MINISTER

29 March 2017

Dear President Tusk

On 23 June last year, the people of the United Kingdom voted to leave the European Union. As I have said before, that decision was no rejection of the values we share as fellow Europeans. Nor was it an attempt to do harm to the European Union or any of the remaining member states. On the contrary,

Austrittsbrief von May vom 29. März 2017

Für Rest-EU ist die Lage ebenfalls ernst

Das Gefüge der EU wird durch ein Hinzukommen und auch ein Verlust von Mitgliedsländern erschüttert. Das Europäische Politik Zentrum EPC bezeichnet den Brexit als Terra nova, als Neuland, das gemeinsam erkundet werden muss. Die Briten müssen verstehen, dass der Brexit nicht ohne die EU durchgeführt werden kann, die EU muss verstehen, dass die Beziehungen aller beteiligten Länder untereinander anders werden. Daher wird empfohlen, Michel Barnier mit einem erweiterten Verhandlungsmandat auszustatten. In welcher Weise er die Übergangsregelungen anders als bisher soll verhandeln dürfen, wird sich in den nächsten Tagen entscheiden.

Eva Detscher, Karlsruhe

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Forcierte Militarisierung – EU-Rüstungsfonds

Mit einer Mitteilung hat die Europäische Kommission im November letzten Jahres einen Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan vorgelegt (COM[2016]950 final). Ein wesentliches Ziel ist die Einrichtung eines Verteidigungsfonds mit einem Forschungsfenster (jährlich 90 Millionen Euro bis 2020, danach jährlich 500 Millionen Euro) und einem Fähigkeitsfenster. Dieses Fähigkeitsfenster soll einen Referenzbetrag von jährlich 5 Milliarden Euro umfassen, finanziert von den Mitgliedsstaaten durch Beiträge für je spezifische Projekte; allerdings hat die Kommission bezüglich dieses Fensters angekündigt: „sämtliche Möglichkeiten der Finanzierung des ‚Fähigkeitsfensters' aus dem EU-Haushalt zu prüfen, die mit den Verträgen im Einklang stehen". Garniert wird dieser Vorschlag mit der Aufforderung an die Mitgliedsstaaten, wohl den Struktur- und Investitionsfonds als auch den Fonds für Maßnahmen zur regionalen Entwicklung für Rüstungsprojekte zu nutzen.

Im Juni diesen Jahres hat die Europäische Kommission dann eine Mitteilung und einen Verordnungsentwurf (KOM[2017]295 und 294) zur praktischen Umsetzung dieser Vorhaben vorgelegt. Abweichungen gegenüber der Mitteilung zeigen eine Forcierung der Aktivitäten. Neu ist die Vorgabe, dass der nächste mehrjährige Finanzrahmen ein Programm mit mindestens einer Milliarde Euro jährlich für das „Fähigkeitsfenster" beinhalten soll. Ebenfalls neu die Perspektive einer gemeinsamen Beschaffung, also eine europäisch koordinierte Ausstattung der Armeen. Im Finanzrahmen für die Zeit nach 2020 soll ein explizites Rüstungsforschungsprogramm aufgenommen werden. Entgegen den Ankündigungen aus 2016 soll allerdings schon jetzt ein zweijähriges Programm (2019/20) aufgelegt werden, das 500 Millionen Euro in die Rüstungsforschung und Beschaffung (Fähigkeitsfenster) pumpt.

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) hatte in seiner Stellungnahme zur Mitteilung von 2016 immerhin eine Öffnung von Fonds, die der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa dienen, abgelehnt.

In der Diskussion des WSA zu den beiden neuen Dokumenten konnte immerhin eine Streichung des Vorschlages erreicht werden, dass mindestens zwei Prozent der nationalen Forschungsausgaben in den Rüstungsbereich fließen sollen.

Es bleibt zu hoffen, dass die gesetzgebenden Institutionen der Kommission bei ihrer Umwidmung von Haushaltsmitteln nicht folgen und auch die Zivilgesellschaft in den weiteren Diskussionsprozess einbeziehen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Wortwahl der Kommission bezüglich der anstehenden Entscheidungsprozesse zwischen Parlament, Rat und Kommission, die ja durchaus vorsehen, dass Entwürfe auch substantiell geändert oder verworfen werden können: Nächste Schritte: „zügige Überprüfung und Annahme durch die Mitgesetzgeber".

Der gesamte Vorgang zeigt auch die Schattenseiten des Brexits auf einer Ebene, die bisher überhaupt nicht in den öffentlichen Betrachtungen vorkam. Es entfällt die Bremsfunktion des Königreichs gegenüber einer Militarisierung in Europa, die das Königreich in der Vergangenheit faktisch (sicher aus eigener Interessenlage) hatte.

Rolf Gehring, Brüssel

Leopard-Panzer A7 von Krauss-Maffei-Wegmann. Seit 2014 besteht die Absicht, diese Firma mit dem französischen Staatsrüstungskonzern Nexter zu fusionieren.

Griechenland: Syriza-Regierung zahlt 1,4 Milliarden Euro an ärmere BürgerInnen aus und vermeldet erste wirtschaftliche Erfolge

Mit Bezug auf Meldungen von Radio „Sto Kokkino" und der „Zeitung der Redakteure" berichtet Syriza München (http://www.syriza-monachou.de/?p=4630) am 21. November, dass durch die erste Streichung einer Memorandum-Vereinbarung die griechische Syriza-Regierung in der Lage gewesen sei, 1,4 Milliarden Euro in Form einer „sozialen Dividende" an arme Familien und Rentner auszuzahlen. Weiter habe das griechische Finanz- und Arbeitsministerium mit den Darlehensgebern vereinbart, dass bei Zwangsversteigerungen die Arbeitnehmer als Gläubiger an erste Stelle gesetzt werden.

Die Darlehensgeber zwangen die Regierung ursprünglich im Juli 2015, die Banken als Gläubiger bei Zwangsversteigerungen an erste Stelle zu setzen.

Je nach Einkommens- und Vermögenssituation erhalten die Begünstigten zwischen 250 und 900 Euro. Ein Betrag in Höhe von 315 Millionen Euro soll als Rückerstattung von Krankenversicherungsbeiträge an Rentner verteilt werden. Mit den restlichen 360 Millionen will die Syriza-Regierung Stromtari-

fe für einkommensschwache Familien subventionieren. Die Arbeitslosenquote sank verglichen mit dem Jahr 2015 um 6 Prozentpunkte.

In den letzten drei Jahren sank auch die Quote der Einstellungen mit „flexiblen“ Arbeitsverträgen. 300 000 neue Arbeitsplätze seien geschaffen worden. Aufgrund eines neuen Gesetzes zur Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung konnte der griechische Staat 2017 zusätzlich 400 Millionen Euro einnehmen. Bei diesen Selbstanzeigen handelte es sich um Steuerzahler mit Geldanlagen im Ausland (Quelle: Financial Times).

Die erfolgreiche Bekämpfung der Steuer- und Beitragshinterziehung trugen wesentlich dazu bei, den Primärüberschuss des Staates zu steigern.

Zur Situation der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Griechenlands sagte der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras am 23. November 2017 anlässlich einer Preisverleihung durch das politische Magazin „Politique Internationale“ in Paris:

Tsipras zur Situation

„Wir haben dem Plan, das Land in eine organisierte oder sogar chaotische Insolvenz zu treiben, konkret eine Absage erteilt. Und mit der Unterstützung unseres Volkes haben wir uns nicht verbogen. Wir sind aufgestanden – und darauf sind wir stolz. Wir haben in den letzten zwei Jahren einen langen Weg zurückgelegt. Die Wirtschaft erholt sich und zieht an

mit einer Wachstumsrate von voraussichtlich knapp zwei Prozent Ende 2017. Im dritten Jahr in Folge verzeichnen wir einen Haushaltsüberschuss. Auch deshalb haben wir eine außerordentliche Hilfe geleistet, eine soziale Dividende für diejenigen, die es wirklich brauchen.

Die Arbeitslosigkeit ist seit dem Tag unserer Regierungsübernahme um mehr als 6 Prozentpunkte gesunken. Und zum ersten Mal seit 2011 liegen wir unter der psychologischen Grenze von einer Million Arbeitslosen. In der ersten Phase erhielt das Land wieder Zugang zu den Geldmärkten und zu deutlich günstigeren Konditionen, als dies 2014 der Fall war. Die internationalen Ratingagenturen verbessern ständig die Position und die Aussichten der griechischen Wirtschaft. Kurz gesagt, das Image einer Wirtschaft, die einem sich erholenden Land entspricht, ist geprägt. Und es ähnelt nicht mehr einem Land im Ausnahmezustand. Bereits in den Verhandlungen zur dritten Evaluierung sind die Botschaften mehr als ermutigend. Es gibt keine unvernünftigen Forderungen auf dem Tisch, auch keine künstlichen Verzögerungen. Weil jeder jetzt erkennt, dass Griechenland sich in einer Phase eines sicheren fiskalischen Weges befindet, mit einer bedeutenden Wachstumsdynamik. Jetzt geht es hauptsächlich um den nächsten Tag des Landes. Für uns beginnt dieser Entwurf nicht erst im August 2018, sondern er läuft bereits. Im Mittelpunkt dieses Entwurfs steht die Strategie für ein neues Produktionsmodell. Ein modernes, nachhaltiges und faires Modell. Die Notwendigkeit dieses neuen Produktionsmodells erschließt sich nicht nur aus den aktuellen Umständen und der Überwindung der Krise. Es ist auch eine Bedingung, nicht zu ihr zurückzukehren. Aus diesem Grund muss es sich auf bestimmte Achsen stützen, die das Gegenteil eines staatlichen, parasitären Modells darstellen, das die heimische Produktion charakterisiert und zu Sackgassen und Kollaps führt. Wir brauchen ein Wachstumsmodell, das Produkte und Dienstleistungen mit hohem Mehrwert hervorbringt. Ein Wachstumsmodell, das zu einem Anstieg der Beschäftigung führt, das stabile und ordentliche Arbeitsplätze schafft.“

Christoph Cornides, Mannheim

Quelle: https://primeminister.gr/2017/11/23..., dt. Übersetzung, Monika Niesel: https://www.facebook.com/notes/alexis-tsipras-deutsch/unser-eigener-mut-ist-die-kraft-unseres-volkes/364919143920720/

Die Bildung der Regierung – Zweiter Akt eines politischen Dramas

Die breite politische Öffentlichkeit will es nicht, und die meisten Abgeordneten wollen es wohl auch nicht. Dennoch ist es möglich, dass dem im September gewählten Bundestag die Regierungsbildung misslingt. Alle Welt fragt sich, wie das in einer Situation möglich ist, in der die Wirtschaftslage gut ist und die Spielräume der öffentlichen Haushalte groß sind. Im Folgenden wird versucht, aus der Fülle der Ereignisse strategische Front- bzw. alternative Weichenstellungen herauszufiltern, die es den Akteuren schwermachen, gemeinsam gangbare Wege zu finden, und die gleichzeitig Herausforderungen linker Oppositionspolitik darstellen.

Die FDP hat Angela Merkels ersten Versuch, eine Regierung zu bilden, scheitern lassen. Dabei dürften tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über die Aufgabenverteilung zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft wirksam geworden sein. In diesem Zusammenhang steht auch die Aversion der FDP gegen die Vertiefung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit in der EU, die auf alle Fälle die Aufgaben und Verpflichtungen des Staatssektors erhöhen würde und mit der Steuersenkungspolitik der FDP nicht zusammenpassen könnte. Wenn man in der FDP annimmt, dass Steuersenkungen zu einer großartigen Wirtschaftsentwicklung führen würden, der Anstieg der Staatsquote aber in Stagnation und Schlimmeres, ist es aus dieser Sicht sinnvoll, in Wartestellung zu gehen, um die kommende „schlechte“ Merkel-Regierung stürzen zu können, egal ob per Misstrauensvotum oder per Neuwahlen. Somit liegt die FDP im parlamentarischen Hinterhalt. Sie hat dabei aber Chancen der Gestaltung – namentlich der Finanz-, Wirtschafts- und Europapolitik – aufgegeben.

Der Bundespräsident hat durch sein Agieren nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen den Auftrag zur Regierungsbildung an Angela Merkel erneuert, und diese steuert nun in Richtung einer Koalition aus CDU, CSU und SPD. Mehr als je in der Geschichte der BRD wird deutlich, dass es sich hier um drei Parteien handelt. Also muss man nachsehen, wo denn die Unterschiede zwischen CDU und CSU sich fixieren lassen. Klar ist, dass sich die Differenzen innerhalb beider Parteien zeigen, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung. In der CSU hat sich, wie die Agitation der Partei zur Zeit der Griechenland-Krise sehr deutlich belegt, eine politische Stimmung nach dem Stil von „Amerika-first“ herausgebildet, die aus der EU nur Vorteile ziehen will und Verpflichtungen geringschätzt, wenn es irgend geht, sie ablehnt. Diese Stimmung hat sich bei der großen Migrationsbewegung, die 2015 im Zuge der Interventions- und Bürger-

kriege im Mittleren Osten und in Afrika entstand, weiter ausgeformt. Frucht davon ist das vom bayerischen Landtag mit CSU-Mehrheit beschlossene Gesetz zur Leitkultur. Die damit verbundene ideelle und reelle Verletzung von Humanität und Menschenwürde hat eine Kluft zwischen den beiden christlichen Kirchen und der CSU-Politik aufgerissen. Diesen Konflikt, der nicht nur um Sachfragen geht, sondern auch Gewissensfragen berührt, hatte der Parteivorsitzende und Ministerpräsident zu integrieren versucht. Das gelang bei der letzten Landtagswahl, bei der die CSU mit knapp 48% Prozent die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag gewann, bei der Bundestagswahl ist es aber nicht mehr gelungen. Wäre es zu einer Vier-Parteienkoalition aus CDU, CSU, Grünen und FDP gekommen, hätte das die Rechtsentwicklung in der CSU behindert, ihr Scheitern hat nun auch Rückwirkungen auf die bayerischen Verhältnisse. Seehofer wird zu Anfang des Jahres 2018 sein Amt als Ministerpräsident zur Verfügung stellen, die Landtagsfraktion beabsichtigt, den derzeitigen Finanzminister Söder zu wählen und mit diesem Spitzenmann in den Landtagswahlkampf zu ziehen, September 2018 wird in Bayern gewählt. (Aktuelle Umfragen zeigen eine Schwäche der CSU, im ganzen aber eine brutale Rechtsverschiebung der Stimmung in der Wählerschaft. SPD, Grüne und Linke kämen danach zusammen auf nur noch 28 Prozent, die Linke würde den Einzug in den Landtag abermals verfehlen.) Seehofer soll allerdings Parteivorsitzender bleiben, d.h. die CSU bei den Koalitionsverhandlungen vertreten. Ein Misserfolg der Verhandlungen der Union mit der SPD würde in Bayern weitere Verschiebungen in Richtung Nationalismus und Chauvinismus begünstigen.

Praktisch gleichzeitig mit der Meinungsbildung in der CSU führte die AfD in Hannover auf ihrem Parteitag vor, dass der Rechtsextremismus in dieser Partei eine sichere Sammelstelle hat. Sie rechnet für den Fall von Neuwahlen mit weiterem Zulauf.

So kommt es nun auf die SPD an. Der Partei war es nicht gelungen, für die

Programmatische Erneuerung der SPD – aus dem Leitantrag #SPDerneuern

Bei Redaktionsschluss lag die Fassung vom 27. November vor, in dem noch festgehalten wird, dass eine Regierungsbeteiligung für die SPD nicht in Frage käme; eine Revision dieses Teils des Leitantrags war in Beratung. Dem Antrag kann aber entnommen werden, was die SPD im Falle einer Regierungsbeteiligung als Rahmen abstecken will. Hier Auszüge:

Diese neuen globalen und digitalen Entwicklungen in allen Bereichen bergen die Chance, das Leben der Menschen überall zu verbessern, wenn ihre Potenziale in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Die digitale Entwicklung in der globalisierten Wirtschaft entfesselt Kräfte, die Wohlstand und Sicherheit für alle schaffen können, wenn politisch die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Aus diesen Megatrends ergeben sich großartige Chancen für eine Wissensgesellschaft, für die Revitalisierung unserer Demokratie und für internationale Kooperation. Das ist das große Versprechen des 21. Jahrhunderts.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie in Deutschland, in Europa und in der Welt ist es, für die Erfüllung dieses Versprechens zu streiten. Unsere Aufgabe ist es, den Wandel so zu gestalten, dass technische Entwicklung zu sozialem Fortschritt wird und die Globalisierung zu mehr Demokratie, zu mehr Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Überwindung von Ungleichheiten, zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung in einer offenen und toleranten, den Frieden bewahrenden Welt führt.

(...) Wir müssen gemeinsam sozial- und wirtschaftsverträgliche Pfade beschreiben, die eine Einhaltung der nationalen und europäischen Klimaziele unter Beibehaltung unseres Wohlfahrtsniveaus ermöglichen. (...)

Wer die Errungenschaften, die die soziale Demokratie in der Vergangenheit erstritten hat, auch im 21. Jahrhundert bewahren, verteidigen und erweitern will, muss europäisch und global handeln. (...)

Besonders in den industrialisierten Ländern empfinden Menschen, dass die Nationalstaaten an Grenzen kommen. Gerade Verteilungsgerechtigkeit herzustellen gestaltet sich immer schwieriger, sowohl global, als auch national. Dem muss sich die Sozialdemokratie stellen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, nicht ausreichend als Individuen respektiert zu werden und die Anerkennung für ihre Lebensleistung und ihr tägliches Schaffen zu bekommen. Praktisch gesprochen: Wenn Mieten immer weniger bezahlbar werden, das Gesundheitssystem ungerecht ist und die Lebenschancen ungleich verteilt sind, wird dem Staat und den demokratischen Parteien immer weniger zugetraut, alltägliche Probleme zu lösen. (...)

Der ungebändigte Neoliberalismus hat nicht nur weltweit, sondern auch mitten in Europa zu eklatanten Fehlentwicklungen geführt. Merkmal dieser Ideologie ist die Einschränkung der Staatstätigkeit zugunsten des Marktes. (...) Deshalb muss die SPD den Mut haben, ihre eigene Politik der letzten 20 Jahren zu hinterfragen und darf dabei auch nicht davor zurückschrecken, grundsätzliche Fragen zu stellen, Widersprüche unserer Wirtschaftsordnung zu problematisieren und Antworten darauf zu entwickeln. Die Rolle des Staates im Sinne eines handlungsfähigen Staates muss neu thematisiert werden. Wir wollen einen Staat, der – wenn notwendig – die Wirtschaft reguliert und Märkte gestaltet, Innovationen fördert, öffentliche Sicherheit, öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitstellt und verhindert, dass öffentliche Güter einer reinen Marktlogik unterworfen werden (Bildung und Betreuung, Gesundheit, Pflege, Sicherheit, Wohnen). (...)

Unsere Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten moderner, toleranter und weltoffener geworden. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass Teile der Bevölkerung mit dieser gesellschaftlichen Modernisierung hadern oder nichts mit ihr anfangen können. Dies zu thematisieren ist Aufgabe der SPD, die für die gesamte Bevölkerung und nicht nur für die Besten, Smarten und Schnellen Politik macht.

Wenn wir darüber sprechen, was Deutschland stark gemacht hat, dann sprechen wir über das sozialdemokratische Modell der Arbeitsgesellschaft: Eine starke Industrie, gut ausgebildete Fachkräfte, einen leistungsfähigen Sozialstaat, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Tarifverträge. Vor allem eine hohe Tarifbindung war über Jahrzehnte Garant dafür, dass der Wohlstand auch bei denjenigen ankam, die ihn durch ihre Arbeitskraft erwirtschaftet haben. (...)

Ein demokratisches und soziales Europa ist unser Beitrag zu einer friedlichen und gerechten Welt, die den Menschen auf unserem Kontinent und weltweit eine gute Zukunftsperspektive gibt. Stattdessen befindet sich die EU aber weiterhin im Krisenmodus. (...)

Zugleich gibt es ermutigende, proeuropäische Impulse, etwa der französischen Regierung und von pro-europäischen Bewegungen wie „Pulse of Europe“, die einen offenen und konstruktiven Partner in der deutschen Politik suchen. Dieser Partner wollen wir sein. (...)

Punkte, die sie in der großen Koalition in sozialen und kulturellen Fragen gemacht hat, Wählerstimmen zu erhalten. Was wird aus der Partei, wenn sie in eine Regierung eintritt? Der Juso-Bundeskongress hat das jüngst einstimmig abgelehnt. In die gleiche Richtung gehen Voten vieler Kreisverbände, vor allem aus dem Ruhrgebiet. Die Repräsentanten der Partei gehen verschiedene Wege, die einen tun so, als ob die Notlage der Union die Verhandlungsposition der SPD kolossal verbessern würde, man wirft Maximalforderungen in die Manege. Die realen Machtverhältnisse sind jedoch anders. Die Rechtverschiebung in der politischen Stimmung ist eindeutig, Abkehr von Werten, die das friedliche Zusammenleben in Europa und der Welt tragen, gang und gäbe. Entsolidarisierung als Haltung trägt die politischen Strategien der Rechten, das ist ein Vorgang, der sich an der Basis der Gesellschaft abspielt.

Gegen diese Herausforderung sind gleichzeitig solidarische Aktivitäten aller Art entstanden, darunter auch die ökologischen Zielsetzungen und die Gestaltungen emanzipierten Lebens. Diese vielfältigen Initiativen der Einzelnen im Alltagsleben wie der kleinen und großen, neuen und traditionsreichen Solidarverbände brauchen Anlaufpunkte in der Politik, in den Kommunen, den Ländern und im Bund. Sie können sich nur stabilisieren, wenn sie etwas erreichen.

Entscheidung und Verhandlungsführung der Sozialdemokratie könnten von einem Programm der Solidarität getragen werden. Der Partei steht die schwierige Aufgabe bevor, auszudeuten, was in diesem Sinne hier und jetzt, in der nahen Zukunft erreicht werden kann. Diese Aufgabe wird die SPD bewältigen, wenn sie bei den Bewegungen und Parteien des linken Spektrums einen gewissen Rückhalt findet. Für die Grünen ist die Aufgabe nicht so wahnsinnig schwer: Sie müssen von der Verhandlungsführung der SPD nicht verlangen, was sie selbst nicht durchsetzen konnten. Umgekehrt braucht die SPD in diesen Verhandlungen nicht hinter – im genannten Sinne positive – Punkte aus den Jamaika-Verhandlungen zurückgehen. Für den tatsächlichen Verlauf der Verhandlungen wird nicht unerheblich sein, wie sich die Linke verhält, die in Stimmenkonkurrenz sowohl mit der SPD wie mit den Grünen steht. Die Wirkung von politischen Statements auf die Richtung von Wechselwählerströmen sollte nicht der Leitstern der Kursbestimmung der neuen Bundestagsfraktion der Linken sein. Vielleicht wäre es möglich, die Projekte der Regierung nach der Wirkungsrichtung zu beurteilen, zu kritisieren und zu bekämpfen, was in die Entsolidarisierung im Lande, in Europa und in der Welt führt, andererseits im Verein mit den vielen Initiativen und Verbänden jene Gesetze und Entscheidungen zu fördern, die Solidarität leichter machen.

Themen gibt es dazu reichlich, höchste Aufmerksamkeit verdient, was der anstehende SPD-Parteitag in dieser Hinsicht auf den Tisch legt. Ein großer Fehler wäre auf jeden Fall, die zähen Verhandlungen als bloßes Schmierentheater abzutun, es geht um strategische Weichenstellungen.

Martin Fochler, München*;*
Alfred Küstler, Stuttgart

24./25.11.: Parteitag Linke Baden-Württemberg: Ergebnis Bundestagswahlen, Vorbereitung Kommunalwahlen 2019 und die Differenzen in der Bundespartei

Als eine Konsequenz aus den Landtagswahlen 2016, bei denen die Linke mit 2,9% einen Einzug in den Landtag erneut weit verfehlte, hat der Landesverband die Aufgabe, „Präsenz und linke Politik“ im ganzen Bundesland zu entwickeln, zu einer zentralen Aufgabe der weiteren Organisationsentwicklung gemacht, ohne deren erfolgreiche Umsetzung kein Ergebnis über 5% im Landesdurchschnitt bei Landtagswahlen zu erreichen ist. Der Landesparteitag am 25./26.11.2017 hatte also die Aufgabe, eine Zwischenbilanz nach den Bundestagswahlen 2017 zur beschlossenen Richtung „Die Linke.BW – 2017-19-21, Präsenz und linke Politik im ganzen Land“ zu ziehen. Der Landesparteitag stand unter dem Motto „Konsequent sozial. Klar gegen Rechts“ und seine Aufgabe war auch, Vorbereitungen für den nächsten „Meilenstein“, die Kommunalwahl 2019 zu treffen. (2021 steht für den übernächsten Schritt, die nächsten Landtagswahlen.) Darüber hinaus stand die organisatorische Aufgabe an, Delegierte für den Bundesparteitag zu wählen und Nachwahlen für fehlende Mitglieder des Landesvorstandes durchzuführen. Schließlich standen noch verschiedene Änderungen der Landessatzung auf der Tagesordnung.

Den Einleitungsbeitrag und Bericht des Landesvorstandes hielt die Landesvorsitzende Heidi Scharf (http://www.die-linke-bw.de/). Den Gastbeitrag für den Parteivorstand hielt Bernd Riexinger als Parteivorsitzender und seit den letzten Bundestagswahlen Mitglied der Gruppe der Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg. Zur Diskussion der nächsten Aufgaben hatte der Landesvorstand ein Arbeitspapier zur Diskussion über die Aufgaben der Organisationsentwicklung und in den Kommunalwahlen vorgelegt, das mit einigen Ergänzungen verabschiedet wurde. Thematisch gab es dazu aus den Kreisverbänden eine Vielzahl von Anträgen zu konkreten politischen Aufgaben, so u.a. zur Kritik des Landespolizeigesetzes, zur Auseinandersetzung mit der AfD, zu Mobilität und Verkehrspolitik, zu Gesundheitspolitik und -versorgung insbesondere im ländlichen Raum, zur Wohnungspolitik und vieles mehr.

Mit dem Wahlergebnis von 6,4% bei den Bundestagswahlen und sechs (bisher fünf) Bundestagsmandaten hatte der Landesverband sein Ziel „5%+X“ erreicht. Erfreulich ebenfalls, dass auch in Wahlkreisen im ländlichen Raum die Ergebnisse bis auf zwei Ausnahmen über 5% lagen. Das ist aber, wie im gesamten Bundesgebiet, nur die eine Seite. Die andere ist:

Die AfD gewann 12,2 Prozent der Stimmen und erzielte in Baden-Württemberg den größten Stimmenzuwachs. Alle Direktmandate in Baden-Württemberg gingen an die CDU. Die Zweitstimmenanteile der AfD fielen in Heilbronn (16,4 Prozent), Pforzheim (16,3 Prozent) und Calw (15,0 Prozent) am höchsten aus.

Für Die Linke stellt sich also die doppelte Aufgabe: Das positive Wahlergebnis der Linken für die Entwicklung von Präsenz und linker Politik in den Städten und in den Landkreisen im ganzen Bundesland zu nutzen und gleichzeitig einen Beitrag zur Kritik von und zur Abgrenzung und gemeinsamen Politik gegen Rechts zu leisten.

Mit dem Motto „Konsequent sozial. Klar gegen Rechts“ war auch bereits der Rahmen für zwei der derzeitigen zentralen Differenzen in der Linken abgesteckt, die u.a. von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine unmittelbar nach den Bundestagswahlen wieder thematisiert worden waren.

Kampf gegen Rechts , gegen die AfD, schön und gut, aber wie soll er geführt werden? Mit „Verständnissignalen“ an die Wählerschaft der AfD? Oder in Kritik der reaktionären, völkischen, nationalistischen bis zu faschistischen Positionen im Kampf um die öffentliche Meinung, als Bündnispolitik gegen Rechts und in Auseinandersetzung um die jeweils eigene und eigenständige Abgrenzung aller demokratischen Richtungen von der AfD?

Und das zweite zentrale Thema: Migration/Flucht/Integration: Soll die Linke ihre Politik ändern oder muss die Linke ihren Kurs der offenen Grenzen

in den aktuellen Auseinandersetzungen um Migration /Flucht /Asyl/Integration weiter konkretisieren? Dazu die Landesvorsitzende in ihrem Bericht: „Deshalb brauchen wir eine inhaltliche Debatte zu den Themen Asyl, Flüchtlinge, Einwanderung und nicht ein Dauerzerwürfnis zwischen Partei und Fraktion, wie es derzeit in der Öffentlichkeit lanciert wird. Für uns geht es doch nach wie vor darum, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen und gegen Spaltung und Ausgrenzung anzukämpfen. Wir stehen in der Flüchtlingspolitik für Integration und nicht für Abschottung." In ähnlicher Weise nahm Bernd Riexinger Stellung zur innerparteilichen Auseinandersetzung.

Der Landesparteitag beschloss, eine „Fachtagung Einwanderung/Geflüchtete/Integration" im ersten Quartal 2018 durchzuführen.

Als ein Ergebnis der Diskussion wurden verschiedene Anträge zum Thema als Material an die Fachtagung verwiesen oder Anträge, die offen waren – oder so verstanden werden konnten – gegenüber einem Kurs der nationalen Abschottung, von den antragstellenden Kreisverbänden zurückgezogen. Bei der Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag legten nicht wenige der Kandidierenden Wert auf die Feststellung, dass sie für eine Verteidigung des von Kipping/Riexinger vertretenen Kurses gewählt werden möchten.

Insgesamt machten Diskussion und Verlauf des Landesparteitages deutlich, dass sowohl die notwendigen innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei wie auch die Klärung der Ziele und der Politik des Landesverbandes nur in konkreter Klärung der Sachfragen einer praktischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reformpolitik gelöst werden können. Wer etwas am Kurs der Partei ändern will, muss sich der Frage stellen, was heißt das in praktischer Politik, und wer die Grundrichtung der Linken gegen nationale Abschottung verteidigen will, der ist auch gefordert, dies mit konkreten Antworten linker Politik zu tun. In Baden-Württemberg soll das unter der Zielrichtung der Kommunalwahlen 2019 geschehen. Darin bestand fast schon überraschend großer Konsens auf dem Landesparteitag.

„…nun nochmal kurz zurück zum Landesergebnis bei der Bundestagswahl: In 8 von 38 Wahlkreisen liegen wir über 6,4 %: in Großstädten, Unistädten, mit Zuwächsen bei jungen Wählergruppen mit hohen Bildungsabschlüssen. In 30 der 38 Wahlkreise liegen wir um 5 % – damit aber unter unserem Landesdurchschnitt mit starkem Stadt/Land-Gefälle. Und es muss uns weiterhin beschäftigten, dass die 6,4% in Baden-Württemberg bei der Bundestagswahl bei Landtagswahlen noch keine 5% sind. Wenn wir 2021 in den Landtag wollen, müssen wir auch in den ländlichen Räumen deutlich zunehmen, sonst klappt es nicht. Wir brauchen dazu viel mehr kommunale VertreterInnen in den kommunalen Parlamenten. Wir brauchen den Unterbau in den Gemeinden und Städten. 2019 sind Kommunalwahlen und diese wollen wir aktiv, offensiv und engagiert führen. Wir erarbeiten dazu gemeinsam kommunalpolitische Eckpunkte, die die Leitschnur für die Kommunalwahlen sein werden." (Aus dem Bericht des Landesvorstandes an den Landesparteitag)

Christoph Cornides, Mannheim

Am 24.11.2017 veröffentlichte das Magazin „Focus" in Focus online („…unter Berufung auf Berliner Sicherheitskreise…"), am 25.11.2017 dann in der Printausgabe des „Focus", die offensichtlich vom Verfassungsschutz lancierte Mitteilung, dass Gökay Akbulut, Mitglied des Mannheimer Gemeinderates und seit den Bundestagswahlen Mitglied der Bundestagsfraktion Die Linke, seit längerem vom Verfassungsschutz beobachtet würde. In dem „Focus"-Artikel werden mehrere wahrheitswidrige Behauptungen aufgestellt, u.a. die, dass Gökay Akbulut die Organisatorin des kurdischen Kulturfestivals 2012 in Mannheim (40 000 TeilnehmerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern) gewesen sei. Tatsache ist, dass sie als Dolmetscherin für den Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtaş, tätig war. Bei dem Kulturfestival war es nach Provokationen zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und aufgebrachten Jugendlichen gekommen. Tatsächlich geht es also um die Möglichkeit der öffentlichen Äußerungen der HDP, der Schwesterpartei der Linken in der Türkei, auch in Deutschland, wofür sich Gökay Akbulut auch als gewähltes Mitglied des Mannheimer Gemeinderates und des deutschen Bundestages einsetzt.

Beobachtung von Gökay Akbulut sofort beenden! – Pressemitteilung des Landesvorstandes Die Linke Baden-Württemberg, 24.11.2017

Die Linke Baden-Württemberg fordert den Verfassungsschutz auf, die Beobachtung von Gökay Akbulut MdB aus Mannheim unverzüglich zu beenden.

In einem Artikel im Wochenmagazin „Focus" wurde heute berichtet, dass die Bundestagsabgeordnete für Die Linke aus Mannheim Gökay Akbulut, seit einigen Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Der Landesvorstand der Partei Die Linke Baden-Württemberg weist die vom Verfassungsschutz erhobenen Vorwürfe entschieden zurück. Nicht nur sind die im Artikel geäußerten Vorwürfe unwahr, sondern sie kriminalisieren eine seit vielen Jahren engagierte Bürgerin und heute Abgeordnete für Die Linke.

Gökay Akbulut hat im Jahr 2012 das im Artikel angesprochene kurdische Kulturfest nicht organisiert und verantwortet, sondern sie war dort als Dolmetscherin für Selahattin Demirtaş, den mittlerweile inhaftierten Co-Vorsitzenden der kurdischen Partei HDP und sie war als Vermittlerin zwischen der Stadt Mannheim und den Veranstaltern auf dem Kulturfest zuständig. Sie hat bei Ausschreitungen im Zuge des Kulturfestes versucht, die angespannte Situation zu beruhigen. Sie hat im Nachgang mehrfach Ausschreitungen während der Veranstaltung bedauert und gleichzeitig – zu Recht – die Vorgehensweise der Polizeikräfte in Bezug auf das Fahnenverbot von kurdischen Organisationen kritisiert.

Gökay Akbulut wird aufgrund ihres Engagements für die Kurdinnen und Kurden von türkischen Nationalisten und Geheimdiensten seit Jahren bedroht und kriminalisiert. Die Linke Baden-Württemberg fordert den Verfassungsschutz auf, die Beobachtung von Gökay Akbulut unverzüglich zu beenden.

Heidi Scharf, Landessprecherin für Die Linke Baden-Württemberg erklärt im Namen des gesamten Landesvorstands: „Als Landesvorstand erklären wir uns mit der Bundestagsabgeordneten Gökay Akbulut solidarisch. Es ist bezeichnend, dass deutsche Verfassungsschutzämter sich zum Büttel des türkischen Diktators Erdogan und türkischer Geheimdienste machen. Gökay Akbulut wird seit Jahren von türkischen Nationalisten beobachtet, eingeschüchtert und bedroht. Statt Gökay Akbulut vor diesen Angriffen zu schützen, wird sie stattdessen von deutschen Polizeibehörden kriminalisiert. Hinzu kommt die Heuchelei der Bundespolitik, kurdische Vereine in Deutschland einerseits zu verbieten und andererseits in Syrien diese im Krieg gegen das Terrorregime Islamischer Staat zu unterstützen. Wir fordern den Verfassungsschutz auf, die Beobachtung von Gökay Akbulut unverzüglich zu beenden."

Schweiz: Frontalangriff auf den Arbeitnehmerschutz

Die vom Gewerbeverband präsentierten Maßnahmen zur Deregulierung des Arbeitsgesetzes sind ein Schlag ins Gesicht von vielen Arbeitnehmenden. Die Schweiz hat die längsten Arbeitszeiten in Europa. Stress und eine hohe Arbeitsbelastung sind schon heute eine Realität für viele Arbeitnehmende. Die vom Gewerbeverband vorgeschlagene 50-Stun-

den-Woche, die Verkürzung der Ruhezeiten, die Flexibilisierung der Pausenbestimmungen sowie den Frontalangriff auf industrielle Betriebe lehnt die Unia (größte Gewerkschaft der Schweiz) klar ab. Unter dem Deckmantel der „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes" greift der Gewerbeverband grundlegende gesetzliche Schutzmaßnahmen an, die er im gleichen Atemzug als „veraltet" betitelt. Anstatt das Arbeitsgesetz Stück für Stück weiter auszuhöhlen braucht es Schutzmaßnahmen, die den neuen Arbeitsformen angepasst sind. Also Home-office, Clickworking und ständige Erreichbarkeit gehören geregelt. Die Unia setzt sich für Mitbestimmung und -gestaltung der Arbeitnehmenden bei ihren Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen ein.

www.unia.ch, 8.11.2017

Spanien: Streik im Altenpflegebereich beendet

Die Beschäftigten im Altenpflegebereich in Biskaya, Nordspanien, unterstützt von der Gewerkschaft der baskischen Solidarität ELA, haben eine historische Vereinbarung getroffen, die einen 360-tägigen Streik, den längsten in der Geschichte der Region, beendet. Die Vereinbarung umfasst die wichtigsten langjährigen Forderungen der Gewerkschaft, darunter eine 35-Stunden-Woche, ein Mindestgehalt von 1200 Euro im Monat und die Zahlung von 100% des Gehalts im Krankheitsfall aufgrund eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit. Der Sektor Altenpflegeheime und Tagesstätten beschäftigt insgesamt 5500 Arbeitnehmer, von denen 95% Frauen sind und 70% durch ELA vertreten sind. Es handelt sich um einen privatisierten öffentlichen Dienst, der zu 70% von der Provinzregierung von Biskaya und drei Arbeitgeberverbänden finanziert wird. Der Konflikt entwickelte sich in einem sehr feindseligen Umfeld mit Haushaltskürzungen und zunehmender Privatisierung. Diese haben zu einer unhaltbaren Situation von Personalmangel und schlechten Arbeitsbedingungen geführt, die es unmöglich gemacht haben, eine angemessene Qualität der Versorgung zu gewährleisten. Die Beschäftigten standen für jede Aufgabe unter Zeitdruck und standen jederzeit zur Verfügung, mit Gehältern unter 1000 Euro und Teilzeitverträgen. Viele Monate lang unternahm die Provinzregierung nichts, um den Streit beizulegen. Es unterstützte nur die Arbeitgeber, kriminalisierte die streikenden Arbeiter und verschärfte den Streit. Schließlich wurde am 27. Oktober nach mehr als 360 Tagen Streik eine Vereinbarung mit den Arbeitgeberverbänden unterzeichnet, die die wichtigsten Forderungen der Arbeitnehmer einschließt. Diese läuft bis 2020 und beinhaltet eine Anhebung des Mindestlohns auf 1200 Euro im Monat, eine schrittweise Reduzierung des Arbeitstages auf eine 35-Stunden-Woche, die Anerkennung von Pausenzeiten als effektive Arbeitszeit, 100% des Lohns für Kranke wegen Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten, Erhöhung der Nachtschicht und Feiertagsboni und mehr.

www.epsu.org, 27.11.2017

Portugal: Größter Schulstreik seit Jahrzehnten

Am 15. November 2017 war ein landesweiter Streiktag an Portugals Schulen und Kindergärten, an dem sich rund 90% der Beschäftigten im außeruniversitären Bildungswesen beteiligten. Der Streik, so ein Demonstrant in Lissabon bei der zentralen Demonstration im Fernsehen, richte sich gegen die „Eiszeit", womit die Situation gemeint ist, entstanden durch die rechte Austeritätspolitik in der Krise, in der seit nunmehr zehn Jahren alles in diesem Bereich „eingefroren" ist. Keine Beförderung, keine schulische Entwicklung, keine Gehaltsentwicklung – eingefroren eben, und nach zehn Jahren haben die Betroffenen davon endgültig genug und erwarten von der jetzigen Regierung einen anderen Kurs und eine entsprechende Veränderung. Die Gewerkschaft Federação Nacional de Professores (Fenprof), dem Gewerkschaftsbund CGTP-IN (KP Portugals nahe stehend) angehörend, sieht die Veränderung der Verhandlungsposition der Regierung als Ergebnis eben dieser Mobilisierung. Die neuen Zusagen der Regierung betreffen vor allem die zentrale Forderung einer von der Demonstration verabschiedeten Resolution, in der die Anerkennung der vergangenen neun Jahre als Dienstzeit in den entsprechenden Berufslaufbahnen gefordert wird.

www.abrilabril.pt, 15.11.2017

Mauretanien: Privatisierung im Bildungswesen

Angesichts des chronischen Lehrermangels im Land, des Einsatzes von Vertragslehrern und einer zunehmenden Privatisierung im Bildungswesen haben die Gewerkschaften die Behörden aufgefordert, die Situation dringend zu beheben, und die Eltern mobilisiert, um das nationale Bildungssystem zu retten. Nach Angaben des Generalsekretärs der Sekundarschullehrergewerkschaft SNES, Sidi Idoumou Boudide, rekrutiert das Ministerium für nationale Bildung seit mehreren Jahren Lehrkräfte, denen die erforderlichen beruflichen Qualifikationen fehlen und die sie unfair bezahlen. Der Generalsekretär sagte: „Diese Vertragslehrer werden erst am Ende des ersten Quartals rekrutiert. Drei Monate nach der Wiedereröffnung der Schulen! Um sie nur sechs statt neun Monate zu bezahlen?" Sein Gegenüber für den zweiten Lehrerverband SNF, Diallo Hamady Boilo, betonte, dass „entschieden die Kommerzialisierung der Bildung in vollem Gange ist". Er verurteilte die Tatsache, dass sich diese Privatisierung nicht mehr auf die Verbreitung von „Ladenschulen" beschränke, sondern auch auf den Verkauf von öffentlichen Schulen, Diskriminierung bei der Einschulung und die Reduzierung von Lehrerverträgen. Die Bildungsgewerkschaften riefen schließlich gemeinsam Lehrer und Eltern dazu auf, ihre Reihen zu stärken und das mauretanische Bildungssystem zu unterstützen.

www.ei-ie.org, 27.11.2017

Togo: Dreitägiger Streik der Lehrer

Primar- und Sekundarschullehrer des öffentlichen Sektors unternahmen einen dreitägigen Streik, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen von der togoischen Regierung zu erreichen. Die im Rahmen des Ständigen Konsultationsrahmens (Cadre Permanent de Concertation-CPC) und der Koordinierung der togolesischen Lehrergewerkschaften (Koordinations-Syndikus des Enseignants du Togo-CSET) zusammengeschlossenen Verbände der Lehrergewerkschaften hatten vom 13. bis 15. November zum Streik aufgerufen. Die Lehrer beklagten, dass die Behörden die von ihnen gemachten Zusagen nicht eingehalten oder die für das Schuljahr erforderlichen Maßnahmen nicht ergriffen hatten. Der dreitägige Streik zielte darauf ab, Verhandlungen über die Fest-

setzung der Prämien- und Zulagensätze aufzunehmen und die Pauschalzulage von 20 000 CFA-Francs (30 Euro) in die Grundlöhne von Lehrern zu integrieren, die im Rahmen des staatlichen Zuschusses für Religionsunterricht bezahlt werden. Weitere Forderungen des Lehrpersonals: die Überprüfung der Bewertung der 1045 konfessionellen Lehrer, die aus dem zusätzlichen Etat des Zuschusses gezahlt werden, die Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommens zwischen der Regierung und dem konfessionellen Bildungssektor so bald wie möglich, und die Durchführung einer besonderen Aufnahmeprüfung für freiwillige Lehrkräfte des öffentlichen Sektors zum Zweck der Tätigkeit als staatlich beschäftigte Lehrer.

www.ei-ie.org, 27.11.2017

Kenia: Krankenschwesternstreik beendet

151 Tage lang streikten rund 25 000 Krankenschwestern in Kenias öffentlichen Krankenhäusern für die Einhaltung eines Tarifvertrages, den ihre Gewerkschaft KNUN bereits im Jahr 2013 mit der Regierung, beziehungsweise dem Rat der Gouverneure abgeschlossen hatte – und den die staatlichen Stellen schlicht nicht umsetzten, als hätten sie ihn nie unterschrieben. In diesen fünf Monaten

wurde der Streik von Gerichten für illegal erklärt und Regressforderungen an die Gewerkschaft legalisiert. Die Krankenschwestern erhielten keinen Lohn, und es gab zwei Mal den Beschluss des Rates der Provinzgouverneure, die Krankenschwestern per Entlassungs-Ultimatum zur Beendigung des Streiks zu erpressen. Am 3. November 2017 nahmen die Krankenschwestern wieder die Arbeit auf, nachdem am Tag zuvor die Gewerkschaft KNUN mit dem Gesundheitsministerium und dem Rat der Gouverneure ein neues Abkommen abgeschlossen hat, das „im Prinzip“ die Umsetzung des gültigen Tarifvertrages vereinbart und eigentlich dabei nur die Frage offen lässt, wie sehr man der Regierungsseite dieses Mal trauen kann.

www.standardmedia.co.ke, 8.11.2017

Indonesien: Schikane gegen Gewerkschafter*innen

Argentinien, Australien, Brasilien, China, Ecuador, Georgien, Honduras, Indonesien, Irak, Kolumbien, Kongo, Kroatien, Madagaskar, Mexiko, Nigeria, Pakistan und Polen – das sind, neben dem Ursprungsland Philippinen, die 18 Länder, in denen die International Container Terminal Services Incorporation ICTSI – eine der weltweit profitabelsten Verladungs- und Lagerungsfirmen – Häfen betreibt. Ein „Global Player“, der sich kontinuierlich ausdehnt – immer in offener Konfrontation mit allem, was Gewerkschaften bedeuten oder erreichen können. Nur wenige Tage, nachdem eine längere Auseinandersetzung auf Madagaskar zu ihrem Ende kam, ist jetzt der seit längerem andauernde Konflikt auf Indonesien „eskaliert“. ICTSI unterläuft systematisch die geltende Bezahlung sowie Arbeitsbedingungen im Hafengebiet von Jakarta. Dadurch werden die Beschäftigten zu langen Arbeitszeiten und Überstunden gezwungen, einfach nur um ihre Existenz sichern zu können. Mitgliedern der Gewerkschaft FBTPI wurden Überstunden durch die Unternehmensleitung verweigert, wodurch viele nun nicht in der Lage sind, ihre Grundausgaben zu decken. ICTSI bestraft diese Beschäftigten dafür, dass sie sich für eine bessere Bezahlung einsetzen.

www.labourstartcampaigns.net, 9.11.2017

USA: Henkel setzt Streikbrecher ein

Seit dem 16. Oktober 2017 sind mehr als 80 Mitglieder der Internationalen Vereinigung der Maschinisten und Luft- und Raumarbeiter (IAM), die bei Henkel Aerospace Bay Point in Pittsburgh, Kalifornien, arbeiten, im Streik. Der Streik in diesem Henkel-Werk, wo Klebstoffe für Boeing und andere Fluggesellschaften herstellt werden, begann als Reaktion auf die festgefahrenen Verhandlungen mit dem Management über eine neue Vereinbarung, die die Sicherheitsverfahren verbessern sollte. Die Reaktion des Unternehmens auf den Konflikt war jedoch Vergeltung und Diskriminierung von Gewerkschaftsführern und Mitgliedern des Werks. Henkel beschäftigte die gewerkschaftliche Ersatz- / Streikbrecherfirma Strom Engineering. Berichten zufolge gibt Henkel jetzt Millionen von Dollar für diese temporären Ersatzarbeiter aus. Henkel ist ein gut gewerkschaftlich organisiertes Unternehmen in ganz Europa. Die deutsche Gewerkschaft IG BCE war die erste, die den Henkel-Mitarbeitern ihre Solidarität und Unterstützung bekundete. Michael Mersmann, Direktor für Globalisierung und Europapolitik der IG BCE, kommentiert: „Der Einsatz von Streikbrechern ist inakzeptabel und wir drücken unsere Solidarität mit den Maschinisten aus. Die IG BCE hat gemeinsam mit dem deutschen Betriebsrat Gespräche mit dem Management geführt, aber es gibt noch keine geeignete Lösung. Wir hoffen und unterstützen, dass beide Seiten an den Verhandlungstisch zurückkehren und eine richtige Lösung finden!“

www.industriall-union.org 30.11.2017

Brasilien: Demonstrationen gegen Arbeitsmarktreformen

Am 10. November haben in mehreren Großstädten von Brasilien Tausende Menschen erneut gegen die Einführung der Arbeitsmarktreform der rechtskonservativen Regierung demonstriert, die am 11. November in Kraft trat. Zu den Protesten hatten Verbände von Gewerkschaften und Studierenden aufgerufen. Bei der größten Protestaktion in São Paulo sind nach Angaben der Gewerkschaften insgesamt 20 000 Menschen auf die Straße gegangen. Die Polizei sprach derweil von 2000. Laut João Carlos Gonçalves vom Gewerkschaftsverbund Força Sindical entsprach die Beteiligung den Erwartungen. „Die Mobilisierung verlief schwierig, weil das Gesetz bereits gebilligt war.“ Ricardo Patah, Vorsitzender des Gewerkschaftsdachverbandes UGT (União Geral dos Trabalhadores), nannte die Demonstration vor allem symbolisch. „Hingegen richten die Organisationen ihre Anstrengungen auf andere Aktivitäten, wie allgemeine Tarifabschlüsse. So ist es uns in São Paulo gelungen, das Inkrafttreten des Gesetzes um ein halbes Jahr hinauszuschieben.“ Für den Präsidenten der Central dos Trabalhadores e Trabalhadoras do Brasil (CTB), Ernani Duarte, ist es noch immer möglich, die Reform abzuändern und Privatisierungen zu bekämpfen. Auch Vagner Freitas vom Gewerkschaftsverband Central Única dos Trabalhadores (CUT) zeigte sich optimistisch. Denn derweil setzen die Gewerkschaften auf einen erneuten Generalstreik, der den vom April dieses Jahres an Beteiligung übertreffen soll. Das neue Gesetz sieht unter anderem vor, dass selbst das Kerngeschäft von Unternehmen und Behörden „ohne Einschränkungen“ an Dritte ausgelagert werden kann. Bisher war es Unternehmen nur möglich, solche Aktivitäten auszugliedern, die nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben gehörten. Auch die öffentliche Verwaltung ist von dem Gesetz betroffen. Ferner ist geplant, den Zeitraum der Leiharbeit von derzeit drei Monaten auf sechs bis neun Monate auszuweiten. Die geplanten Deregulierungsmaßnahmen werden Medienberichten zufolge von 90 Prozent der Bevölkerung abgelehnt.

https://amerika21.de – Marcelo Camargo/Agência Brasil 14.11.2017

Zusammenstellung: *Edith Bergmann*, Hannover

Aktionen … Initiativen

Sozialverbände zur Regierungsbildung

VdK-Resolution: Neue Bundesregierung muss soziale Spaltung in allen Altersgruppen bekämpfen

Erfurt. „Die zunehmende soziale Spaltung ist ein zentrales Problem in Deutschland, das die neue Bundesregierung mit Nachdruck angehen muss“, sagt der Landesvorsitzende des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen, Paul Weimann, anlässlich der alarmierenden aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts zur Armutsgefährdung. „Es ist inakzeptabel, dass jeder Fünfte im Land von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht ist.“ Nach den neuesten, gestern veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamts traf das im vergangenen Jahr auf 16 Millionen Menschen in der Bundesrepublik zu, das entspricht 19,7 Prozent der Bevölkerung. In Hessen lag die Armutsgefährdungsquote 2016 bei 15,1 Prozent (2006: 12,0 Prozent) und in Thüringen bei 17,2 Prozent (2006: 19,0 Prozent). Besonders besorgniserregend ist aus Sicht des VdK Hessen-Thüringen neben der deutlichen Zunahme in Hessen und dem Verharren auf hohem Niveau in Thüringen der starke Anstieg bei der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren. In dieser Altersgruppe stieg die Armutsgefährdungsquote zwischen 2006 und 2016 in Hessen von 10,2 auf 14,0 Prozent und in Thüringen von 7,9 auf 13,2 Prozent. „Im Vergleich zu 2006 haben wir in Hessen über ein Drittel mehr armutsgefährdete Rentner und in Thüringen fast zwei Drittel mehr“, sagt der VdK-Landesvorsitzende. „Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass zügig konkrete Maßnahmen eingeleitet werden, um die soziale Spaltung in Deutschland zu überwinden“, fordert Weimann. In diesem Zusammenhang verabschiedete der Kleine Verbandstag des Sozialverbands VdK Deutschland eine Resolution der Landes-, Kreis- und Ortsverbände mit den zentralen Forderungen zu Rente, Gesundheit, Pflege, Behinderung, Armut und Steuerpolitik. Der Sozialverband VdK Hessen-Thüringen hat in 57 Kreis- und rund 1200 Ortsverbänden mehr als 265 000 Mitglieder.. **www.vdk.de**

Paritätischer fordert Maßnahmen gegen Altersarmut

Berlin. Ausmaß und Dynamik der wachsenden Altersarmut in Deutschland werden nach Angaben des Paritätischen Wohlfahrtsverbands erheblich unterschätzt. Nach aktuellen Berechnungen der Paritätischen Forschungsstelle steigt das Risiko, im Alter in Armut zu leben, mit jedem neuen Rentenjahrgang dramatisch. Innerhalb von zehn Jahren habe sich der Anteil der älteren Menschen unter 70, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, verdoppelt. Zwingend notwendig sei ein sofortiger Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik, insbesondere eine Anhebung des Rentenniveaus und eine Reform der Altersgrundsicherung. „Lange Zeit war das Armutsrisiko älterer Menschen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterdurchschnittlich. Die Menschen konnten darauf hoffen, dass sie im Alter in der Regel einigermaßen abgesichert sind. Dies hat sich in den vergangenen zehn Jahren drastisch verändert: Die Armut von Rentnerinnen und Rentnern ist so stark gestiegen wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Altersarmut ist kein drohendes Problem am Horizont, sondern heute bereits bittere Realität“, so Dr. Joachim Rock, Rentenexperte des Paritätischen Gesamtverbands. Die Armutsquote bei Rentnerinnen und Rentnern stieg zwischen 2005 und 2016 von 10,7 auf 15,9 Prozent und damit um 49 Prozent. Besonders stark ist der Anstieg der Armut bei Männern über 65 in Ostdeutschland. Die noch immer vergleichsweise moderat erscheinende Grundsicherungsquote älterer Menschen verschleiere dabei die Dynamik der Entwicklung: Wie eine aktuelle Analyse der Paritätischen Forschungsstelle zeigt, sind die neu ins Rentenalter eintretenden Jahrgänge sehr viel häufiger auf Grundsicherung angewiesen als noch vor zehn Jahren. Der Anteil der Grundsicherungsbeziehenden unter 70 Jahren hat sich von 2,4 Prozent (2005) auf 4,6 Prozent (2015) nahezu verdoppelt. Darüber hinaus sei gerade bei älteren Menschen die verdeckte Armut besonders hoch. Mit Blick auf den aktuellen Rentenversicherungsbericht appelliert der Paritätische an die Politik, nicht auf Beitragssenkungen zu setzen, sondern stattdessen die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbessern. Der Verband fordert insbesondere eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und darüber hinaus gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut. In einem Konzept hat der Paritätische dazu konkrete Vorschläge formuliert.

Die Kurzexpertise der Paritätischen Forschungsstelle finden Sie hier: 171122_Kurzexpertise_Altersarmut.pdf. http://www.der-paritaetische.de/

Obdachlose und Politik – Immer mehr wohnungslose Menschen in Deutschland

Köln. Über fast alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche in Deutschland werden detaillierte Statistiken geführt. Die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland jedoch ist unbekannt. Weder die Wohnungslosen, die ohne jeden Schutz obdachlos auf der Straße leben, noch die Wohnungslosen, die in kommunalen Unterkünften oder Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege notdürftig mit einem Obdach versorgt sind, werden bundesweit statistisch erfasst. Weil es eine solche offizielle Wohnungslosenstatistik nicht gibt, schätzt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG-W) alle zwei Jahre die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland. Am 14. November 2017 wurde die jüngste Schätzung veröffentlicht und hat große mediale Resonanz hervorgerufen: Demnach waren 2016 ca. 860 000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung, davon ca. 52 000 Menschen ohne jede Unterkunft auf der Straße. Ob diese Schätzung einigermaßen zutreffend ist oder nicht – unbestritten ist jedenfalls, dass die Zahl der Menschen ohne Wohnung in Deutschland seit einigen Jahren kräftig ansteigt. Einige Bundesländer erstellen Wohnungslosigkeitsstatistiken und beweisen damit, dass es möglich ist, auch zur Wohnungslosigkeit einigermaßen verlässliche Daten zu erheben. Die Bundesregierung jedoch hat sich jahrzehntelang der Forderung widersetzt, eine Bundesstatistik über die Zahl der Wohnungslosen im Land zu erstellen. Kurz vor der Bundestagswahl schien Bewegung in die Sache zu kommen – ob eine neue Regierung eine Statistik einführt, kann aktuell als völlig offen gelten. Weil eine an den Ursachen ansetzende und durchgreifende Bekämpfung der Wohnungslosigkeit gravierende Veränderungen der politischen Agenda und das Eingeständnis des Scheiterns der Wohnungsmärkte voraussetzte, wird das Problem kleingeredet, wird den Wohnungslosen die Verantwortung für ihre Situation zugeschoben (blaming the victim) und Wohnungslosigkeit zum speziellen Problem besonderer Gruppen (psychisch Kranke, vermeintlich Wohnunfähige, Süchtige, Haftentlassene) gemacht, statt die zentralen Ursachen Armut, falsche Wohnungspolitik und ungenügende soziale Dienste in den Blick zu nehmen. Ein nachhaltiger Abbau der Wohnungslosigkeit ist nur zu erreichen, wenn tatsächlich eine entschieden sozialere Wohnungspolitik durchgesetzt werden kann, wenn größere Wohnungsbestände vom Marktsystem abgekoppelt werden und in einem bedarfsorientierten System direkt an Bedürftige zu einem erschwinglichen Mietpreis vergeben werden können. Biographische Krisen- und Umbruchsituationen wie die Trennung von Partnerschaften, Migration, konflikthafte und abrupte Lösung aus dem Elternhaus oder psychische Erkrankungen können, gerade wenn

sie arme Menschen ohne starkes soziales Umfeld treffen, zu Wohnungslosigkeit führen. So entstandene Wohnungslosigkeit dauert aber nur dann länger an, wenn soziale Hilfen fehlen und keine preisgünstigen Wohnungen zugänglich sind oder Kommunen keine solchen Wohnungen vergeben können. **www.grundrechtekomitee.de**

Arbeits- und Sozialminister-Konferenz soll „Rente für Gefangene" endlich umsetzen

Köln. Am 6./7. Dezember 2017 wird die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder (ASMK) in Potsdam (Brandenburg) zu ihrer jährlichen Sitzung zusammenkommen. U.a. wird sie zum Thema „Einbeziehung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in die Rentenversicherung" beraten. Eine Arbeitsgruppe der ASMK war beauftragt worden, der Konferenz eine Entscheidungsvorlage zu unterbreiten, die bislang noch nicht öffentlich bekannt ist. Wir gehen davon aus, dass diese AG der ASMK zur bevorstehenden Konferenz einen konkreten Vorschlag zur Einbeziehung der Gefangenen unterbreiten wird, der die konstruktiven Argumente der politischen Debatte der letzten Jahre um dieses Thema aufgreift. Grund- und menschenrechtlich sowie aus den Sozialstaats- und Wiedereingliederungsgeboten ist der jetzige Status quo (Ausschluss der Gefangenen aus der Rentenversicherung) nicht länger zu rechtfertigen. Das Strafvollzugsgesetz von 1977 enthielt hierzu bereits einen klaren Gesetzesauftrag. Nach 40 Jahren weiterhin von „aufgeschobener Inkraftsetzung" zu sprechen (Sprachregelung der Bundesregierung), verbietet sich. Da eine Eigenbeteiligung der Gefangenen an den Beiträgen für die Rentenversicherung aufgrund der Niedrigstlöhne nicht möglich ist, müssten die Länder die Beiträge übernehmen. Die entstehenden Mehrkosten stehen der Verwirklichung des aus der Menschenwürde entspringenden Resozialisierungsgebots und dem verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaatsprinzip gegenüber. Nahezu alle in der Straffälligenhilfe tätigen Organisationen haben sich in Petitionen, Stellungnahmen und politischen Gesprächen für die grundrechtlich gebotene „Rente für Gefangene" eingesetzt. Wir fordern von der ASMK, jetzt eine klare Entscheidung für die Einbeziehung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in die gesetzliche Rentenversicherung zu treffen und der geschäftsführenden bzw. neuen Bundesregierung das Signal zu geben, einen entsprechenden Gesetzentwurf zu beschließen und das Parlament damit schnellstmöglich zu befassen. Die Bezugsgröße hinsichtlich der Einbeziehung sollte wie ursprünglich vorgesehen bei 90% liegen, um der bislang vorprogrammierten Altersarmut ehemaliger Gefangener wirksam entgegenzutreten.

www.grundrechtekomitee.de

Misereor fordert Revision der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und Bildungsoffensive für afrikanische Jugend

Aachen, Berlin. Vor Beginn des Gipfeltreffens zwischen der Europäischen und der Afrikanischen Union am 29. November in Abidjan, Elfenbeinküste fordert Misereor Bundeskanzlerin Merkel auf, ihr Versprechen einzulösen und sich auf dem Gipfel für gerechte Handelsbeziehungen und faire Investitionspartnerschaften zwischen EU und Afrikanischer Union einzusetzen. „Nach wie vor werden afrikanischen Ländern politische Maßnahmen auferlegt, die vor allem im Interesse der EU-Staaten sind und nicht dazu beitragen, den Kontinent aus der sozialen und ökonomischen Krise und aus der Abhängigkeit herauszuführen", kritisiert Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer von Misereor. Insbesondere die bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die so genannten Economic Partnership Agreements (EPA) würden ohnehin starke Akteure wie Deutschland begünstigen, während afrikanische Länder weniger oder gar nicht von den Vereinbarungen profitieren.

„Viele Länder in Westafrika oder im südlichen Afrika müssen Nachteile hinnehmen, weil sie sich gezwungen sehen, ihre Märkte für Exporte aus der EU zu öffnen", so Spiegel weiter. Doch Lebensmittel wie Milchpulver, Tomatenpaste, Geflügel oder Schweinefleisch würden vielerorts die Produkte von Kleinbauernfamilien von den lokalen Märkten verdrängen und diese zerstören. Spiegel betont: „Wer der afrikanischen Jugend Beschäftigungsperspektiven eröffnen möchte, wie es ja das erklärte Ziel des Gipfels ist, muss für den Schutz und die Stärkung regionaler Märkte sorgen. Wir fordern deshalb Bundeskanzlerin Merkel auf, sich für eine grundlegende Revision der EPAs einzusetzen. Das Ziel sollten faire Handelsformen sein, die das nationale und lokale Potential unterstützen." Nachbesserungsbedarf besteht aus Sicht von Misereor auch bei den gemeinsamen Investitionsinitiativen, die beispielsweise im Rahmen des ‚Marshallplans' oder des ‚Compact with Africa' angestoßen wurden. Diese fördern vor allem Privatinvestitionen in Infrastruktur oder in Großprojekte im Energiesektor und sollen damit mehr Arbeitsplätze schaffen. Hauptarbeitgeber in Afrika sind jedoch Kleinstunternehmen und Familienbetriebe. „84 Prozent der Erwerbsbevölkerung arbeiten im so genannten informellen Sektor, also zum Beispiel in Garküchen, als Schuhputzer oder Straßenverkäufer", erklärt Spiegel. „Ein hohes Wirtschaftswachstum oder der Zufluss von ausländischen Investitionen führt deshalb nicht automatisch zu mehr Beschäftigung." Besonders besorgniserregend ist die Situation junger Menschen. Die Arbeitslosigkeit ist bei ihnen dreimal höher als bei Erwachsenen. Allein in Äthiopien strömen jedes Jahr eine Million junge Menschen auf den Arbeitsmarkt, die noch nicht einmal die 10. Klasse abgeschlossen haben. „Investitionen können deshalb nur für mehr Beschäftigung sorgen, wenn zeitgleich die Qualität von Bildung und Berufsbildung gefördert und heimische Handwerksbetriebe und traditionelle Ladengeschäfte unterstützt werden", so Spiegel. „Außerdem gehört zu verantwortlichen Investitionen der seit Jahrzehnten geforderte verbindliche Schutz von Menschenrechten, von Arbeits- und Umweltstandards und eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft."

AU-EU-Gipfel: Hoffnungen auf Neustart für gerechten Handel

Berlin. Vor dem am Mittwoch beginnenden 5. Gipfel der Afrikanischen Union und der EU fordert der Dachverband für Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (Venro) einen Neustart. „Wir erwarten von der Bundesregierung, die europäische Investitionsoffensive so zu lenken, dass vor allem kleine und mittlere afrikanische Unternehmen mehr Jobangebote generieren können", sagt Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von Venro. „Angela Merkel muss ihre Ankündigung, den Handel zwischen Afrika und Europa auf eine gerechte Basis stellen zu wollen, wahr machen." Ein Kernthema des Gipfels wird die Europäische Investitionsoffensive sein. Der Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung soll mit 4,1 Milliarden Euro Privatinvestitionen in Höhe von 44 Milliarden Euro unterstützen. Diese werden sich auf Infrastruktur- und Energieprojekte in reformbereiten Ländern konzentrieren. „Kleine und mittlere Unternehmen und der informelle Sektor sind der Motor für Beschäftigung. Mit Hilfe erschwinglicher Kredite und verbesserten Zugängen zu Märkten könnten sie Millionen von Arbeitsplätzen schaffen", so Bornhorst weiter. „Dieser Gipfel muss ein Neustart sein und dafür sorgen, dass die Jugend Afrikas eine Perspektive bekommt." **http://venro.org/home/**

Zusammenstellung:
Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Der „soziale Zusammenhalt“ ist wichtig!

Aus der Kölner Analyse zur Bundestagswahl

In seinen immer wieder guten Wahlanalysen schrieb Horst Kahrs zur Bundestagswahl 2017 zum Abschneiden der Linken: „In ihrer Wählerschaft gibt es erhebliche Veränderungen ... Das verschiebt die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei weiter in Richtung westliche Landesverbände. ... Deutliche absolute und relative Gewinne erreichte die Partei in den westdeutschen Ländern und hier wiederum in den größeren Städten“ ... [1]

Über diese zutreffenden Bemerkungen gibt es auch noch weitere Besonderheiten, insbesondere in den großen Städten für Die Linke. Das Kölner Amt für Stadtentwicklung und Statistik hat eine eigene Analyse zur Bundeswahl in Köln vorgelegt, die eine Art Momentaufnahme ist, aber auch den Schmelztiegel einer Großstadt analysiert.[2]

Die Linke hat in Köln mit 63 324 Zweistimmen und 11,5 % noch nie so viele Stimmen erhalten. Beim bundesweit besten Wahlergebnis 2009 waren es 9 % und 51 485. D.h. ein Zugewinn von 12 000 Stimmen

Anhangtabelle 2 Soziodemographie der Befragten mit und ohne Parteineigung

Merkmal	Parteineigung*							keine Parteineigung	insgesamt
	CDU	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	AfD	Sonstige		
Männer	50	49	40	58	59	61	55	44	48
Frauen	50	51	60	42	41	39	45	56	52
18 - 24 Jahre	5	5	6	6	2	2	7	8	6
25 - 34 Jahre	17	17	22	28	14	20	34	21	20
35 - 44 Jahre	17	15	23	19	18	20	18	18	18
45 - 59 Jahre	27	29	33	24	27	30	24	29	29
60 und älter	34	34	16	23	39	28	17	24	27
Durchschnittsalter	51	51	45	45	54	49	42	47	48
Volks-/Hauptschule	17	21	5	11	14	27	19	18	16
Mittlere Reife	27	26	14	20	23	44	30	27	25
(Fach-)Hochschulreife/Abitur	24	22	31	28	20	19	33	26	25
Hochschulabschluss	32	30	50	40	43	10	18	30	34
Angestellte(r)	72	74	70	71	67	63	72	70	71
(Fach-)Arbeiter(in)	5	9	3	8	1	29	18	9	8
Beamter/Beamtin	9	8	10	10	8	1	3	9	9
Selbstständige	13	8	17	11	24	7	7	12	12
arbeitslos	1	3	3	2	5	6	5	4	3
monatliches Pro-Kopf-Einkommen	1.770 €	1.580 €	1.640 €	1.390 €	2.060 €	1.210 €	1.190 €	1.450 €	1.590 €
Armutsgefährdungsquote	14	17	15	24	10	30	32	23	19

* nur Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit

Quelle: Stadt Köln – Leben in Köln*-Umfrage 2016
Amt für Stadtentwicklung und Statistik – Statistisches Informationssystem

Erstwählende und Jungwählende in Köln

„Auffällig ist, dass es die Erstwählenden waren, die den starken Anstieg bei der Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatten (+5,9 %-Punkte). Bei den jungen männlichen Erstwählern – einer Gruppe, die sonst tendenziell eher der Wahl fernbleibt – ist die Wahlbeteiligung mit einem Plus von 8,3 Prozentpunkten überdurchschnittlich stark angestiegen“, schreibt die Kölner Analyse. Die Linke konnte sich in der Gruppe 18 bis 24 Jahren bei den männlichen Jugendlichen von 7,3 % auf 12,9 % steigern, und bei den Frauen von 10 % auf 15,1 %. Bei den Erstwählenden konnten auch die Grünen zulegen, die SPD dagegen verlor in dieser Gruppe über 12 % bei Frauen und Männern. Der Sieger in dieser Altersgruppe war aber eindeutig die FDP, die 12 % zulegte.

Die Linke war dagegen in der Gruppe der Männer 25 bis 34 klarer Sieger von 8,8 auf 18,1 % (bei den Frauen von 8,2 auf 14,5 %).

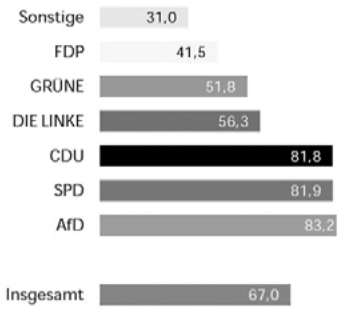
Nichtwählende, die ihre Stimme abgaben

Bei den letzten drei Wahlen hat die Kölner Linke immer wieder Stimmen bei den Nichtwählenden zugewinnen können (Kommunalwahl 2014 + 10 000), bei der Landtagswahl 2017 + 7 000 und bei der Bundestagswahl + 4300. Trotzdem wählten 67 % aller ehemaligen Nichtwähler diesmal die AfD. Es bleibt also eine weitere Aufgabe von der Linken, in dieser Gruppe zu mobilisieren. Denn: „Dort wo die Zahl der SGB II-Leistungsberechtigten sowie die Zahl der von Armut bedrohten Haushalte überdurchschnittlich ist, bewegen sich die Anteile der Nichtwählenden zwischen 28,8 und 61,6 Prozent.“[2]

Stimmensplitting bei den Linken

56,3 % der Kölner Linken-Wähler haben kein Stimmensplitting gemacht. Die Grünen liegen bei 51,8 und die FDP bei 41,5%. Leider liegen da keine Vergleichszahlen

Kein Stimmensplitting
(= Erst- und Zweitstimme identisch*)



Partei	Differenz zwischen Erst- und Zweitstimme** absolut	in %
SPD	+20.228	+15,3
CDU	+22.167	+17,8
GRÜNE	-4.648	-8,4
DIE LINKE	-23.770	-36,6
FDP	+4.664	+11,8
AfD	-3.036	-10,8
Sonstige	-8.026	-39,7

** mehr (+) /weniger (-) Erst- als Zweitstimmen im Wahlergebnis der Parteien

gaben ... Prozent ihre Erststimme an...	Von den Wähler/innen, die Ihre Zweitstimme der folgenden Partei gaben...						
	CDU	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	AfD	Sonstige
CDU	81,8	4,2	11,2	3,7	42,7	4,7	10,3
SPD	6,9	81,9	29,7	23,9	8,8	5,6	15,1
GRÜNE	5,4	7,7	51,8	11,1	3,8	0,4	13,4
DIE LINKE	0,6	0,9	4,7	56,3	1,0	1,7	12,7
FDP	4,4	1,4	1,9	0,9	41,5	3,6	7,3
AfD	0,3	0,7	0,1	0,6	1,0	83,2	6,0
Sonstige	0,6	3,2	0,6	3,5	1,2	0,8	31,0

* Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistik

vor. Der Anteil der Wähler der Linken die Stimmen splitten, also auch taktisch wählen, ist viel größer geworden.

Besonders interessant sind die Kölner Analysen bezüglich der Schwerpunktgebiete der Parteien. In den Schwerpunktgebieten der Linke in der Innenstadt, aber auch in angrenzenden Stadtbezirken erhält sie 19,6% Stimmen. In diesen linken Schwerpunkten erhält die SPD 21,6 und die Grünen 19,8 %. D.h. in diesen Stimmbezirken gibt es eine Art Lagerbildung mit SPD und Grünen. Zum Vergleich erhalten CDU 18,1 % und die FDP 10,1% und die AfD 4,9%.

D.h. die Kölner Linke ist gut beraten, diese Lagerbildung zu beachten und in der Kommunalpolitik die Arbeit des Jamaikas-Bündnisses um die Oberbürgermeisterin Reker gezielt und gut zu kritisieren.

Parteineigung der Wähler der Linken

Es gibt inzwischen Kräfte in der Linken, die der Meinung sind, dass die Betonung der sozialen Frage in den Aussagen völlig überdimensioniert sei und die Partei den ökologischen Fragen und Antworten viel stärkeres Gewicht geben müsse, bis dahin, dass der Umweltschutz Priorität haben müsse. Die Kölner Analyse zeigt, dass die Kölner Wähler sich große Sorgen über den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft machen +15 (über dem Durchschnitt), um den Schutz der Umwelt +13 und um die Folgen des Klimawandels +9.

Diese Zahlen machen aber deutlich, dass beide Schwerpunkte eine Berechtigung haben und für die Linke die soziale Frage der rote Faden für die politische Schwerpunktbildung bleiben sollte.

Fazit

Bei vielen Gesprächen mit Wählerinnen und Wählern, aber auch mit neuen Mitgliedern haben ich nicht den Eindruck, dass wir die besseren Grünen seien sollen. „Bleibt so wie ihr seid“, sagte mal eine junge Frau. Diese Personen unterstützen die Linke, weil sie Gerechtigkeit einfordern, keinen Rassismus wollen und über die globale Entwicklung, insbesondere die Wahl von Trump in den USA und dem Brexit in England, tief besorgt sind. In diesen Dimensionen bekommt die Frage des Gemeinwohls und der sozialen Gerechtigkeit in der zusammenrückenden, globalen aber auch europäischen Welt eine neue Bedeutung. Das sind Fragen, die neben der Bundespolitik auch in der Kommunalpolitik zu beantworten sind. Da ist eine besondere Herausforderung.

Jörg Detjen, Köln

1 www.rosalux.de/publikation/id/37851/die-wahl-zum-19-deutschen-bundestag-am-2492017/
2 www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/wahlen/bundestag/analyse-der-bundestagswahl-2017

Anhangtabelle 1 **Strukturmerkmale der Wahlberechtigten, Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien in den Schwerpunktgebieten der Parteien**

Merkmale	Schwerpunktgebiete von...							Köln insgesamt
	CDU	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	AfD	Nichtwähler /innen	
Strukturmerkmale								
Bevölkerung 18 - 24 Jahre*	7,9	9,6	8,9	10,6	8,5	10,5	10,5	9,4
Bevölkerung 60 Jahre und älter*	36,3	33,2	19,1	19,3	31,4	32,7	30,8	29,3
Deutsche mit Migrationshintergrund*	14,3	25,6	12,1	17,1	13,3	38,8	29,8	18,5
Familienhaushalte*	20,9	20,2	14,0	12,8	18,5	24,2	20,5	17,5
darunter: Alleinerziehende*	16,6	26,6	20,1	23,8	15,0	27,9	26,9	21,6
SGB II-Leistungsberechtigte*	4,7	14,3	3,9	9,0	2,8	17,9	15,7	7,9
Haushalte unterhalb der Armutsgrenze**	13,9	25,1	15,7	22,8	11,9	33,8	28,4	18,6
(Fach)Hochschulabsolvent/innen**	33,5	18,1	55,8	45,7	48,4	14,5	20,0	35,0
(Fach)Arbeiter/innen**	8,5	14,0	3,1	6,0	3,2	18,5	14,0	8,7
Wahlbeteiligung* **	80,3	65,0	83,3	75,2	83,7	57,3	61,7	75,4
Stimmenanteile der Parteien* **								
CDU	34,6	24,4	20,1	18,1	32,9	23,2	23,4	26,4
SPD	20,3	29,6	20,2	21,6	16,8	29,2	27,9	23,0
GRÜNE	10,2	8,4	23,3	19,8	13,0	6,0	8,9	13,6
DIE LINKE	6,7	10,6	16,7	19,6	7,5	10,5	12,1	11,5
FDP	18,0	10,5	11,9	10,1	21,8	9,8	10,2	13,8
AfD	7,0	11,0	3,5	4,9	5,1	15,3	11,3	7,2

* Data Warehouse (Stand: 31.12.2016)
** "Leben in Köln"-Umfrage 2016
*** eigene Berechnungen

Quelle: Stadt Köln – Leben in Köln"-Umfrage 2016
Amt für Stadtentwicklung und Statistik – Statistisches Informationssystem

Thema: „Wohnungslos“

Kommunale Politik

Wohnungslose sind die Leidtragenden einer verfehlten Wohnungspolitik: Berlin. „860 000 Menschen ohne Wohnung sind ein Armutszeugnis für unser Land. Die Bundesregierung darf nicht länger die Augen verschließen“, erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke, anlässlich der heute von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG-W) vorgelegten Schätzung zur Zahl bundesweit wohnungsloser Menschen. Lay weiter: „Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind die sichtbarsten und unmenschlichsten Symptome der verfehlten Wohnungspolitik der vergangenen Jahre. Der Bund muss endlich Verantwortung übernehmen. Der Mietenwahnsinn muss gestoppt und das Mietrecht sozialer gestaltet werden, um Wohnungsnot und Zwangsräumungen zu verhindern. Für die Betroffenen ist der Verlust der eigenen Wohnung oft der Beginn eines Teufelskreises. Deshalb brauchen wir eine wohnungspolitische Kehrtwende mit einem Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau. Dauerhaft bezahlbarer Wohnraum ist der Schlüssel im Kampf gegen Wohnungslosigkeit – und die Verhinderung von Wohnungslosigkeit ist der Gradmesser für eine soziale Wohnungspolitik. Seit Jahren fordern Verbände und Die Linke die Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik. Verlässliche Zahlen sind der unerlässliche erste Schritt. Ein umfangreiches Konzept muss folgen. Nur so lässt sich das skandalöse Ausmaß der Wohnungslosigkeit erfassen. Stattdessen zeigt die Bundesregierung den Wohnungslosen die kalte Schulter und überlässt die Not der Betroffenen den Ländern und Kommunen.“ **www.dielinke-hannover.de**

Winterhilfe 2017/18: Köln. Alle Jahre wieder wird es kalt in Köln. Verdammt kalt sogar – das nennt man dann Winter. Um das Risiko des Erfrierens auf der Straße gering zu halten, bietet die städtische Sozialverwaltung zum wiederholten Male niedrigschwellige Übernachtungsmöglichkeiten für obdachlose Mitbürger*innen an. Neben den ganzjährigen Notschlafstellen, die um wenige Plätze aufgestockt werden, richten Sozialamt und SKM Köln eine zentrale Notschlafstelle mit ca. 120 Übernachtungsmöglichkeiten in der Vorgebirgsstraße am Volksgarten ein. Diese Plätze sollen ab Ende November zur Verfügung stehen, wie eine Nachfrage im Sozialausschuss ergab. Unklar bleibt jedoch, wie mit akut Übernachtungssuchenden umzugehen

sei, sollten die vorhandenen Kapazitäten erschöpft sein. Dies war im vergangenen Winter mehrmals der Fall. Unsere Anregung, die privaten Obdachlosen-Initiativen, die regelmäßig am Hauptbahnhof Essen ausgeben, umfassend über die Angebote der Winterhilfe zu informieren, hatte die Sozialverwaltung schon vorab realisiert. Ungeklärt bleibt letztlich die Frage, wie die zahlreicher werdenden weiblichen Obdachlosen einzubinden seien. Das NRW-Sozialministerium hat Anfang November Zahlen vorgelegt, die eine dramatische Zunahme von Wohnungs- und Obdachlosigkeit belegen. Besonders erschreckend ist dabei der auf 40 Prozent gestiegene Anteil an wohnungslosen Frauen, die üblicherweise die männlich dominierten Unterkünfte meiden und sich eher privat-prekäre Übernachtungsmöglichkeiten suchen – mit all den dazugehörigen Gefahren und Abhängigkeiten. Das bestehende Hilfesystem muss diese Problematik künftig ernster nehmen und adäquate Angebote bereitstellen.

Aus: Platzjabbeck 11/2017, www.linksfraktion-koeln.de

Von Dassel kapiert es einfach nicht: Berlin-Mitte. Für die Bezirksverordnetenversammlung am 19. Oktober beantragte die Linksfraktion eine thematische Stunde zur Obdachlosigkeit und den Äußerungen von Dassels zu Abschiebungen von Obdachlosen. Aus Protest gegen ihren eigenen Bürgermeister blieb die Mehrheit der Grünenfraktion fern. Zu Beginn der thematischen Stunde erklärte von Dassel, dass er diese Forderung stellen musste, weil seine eigene Verwaltung nicht wirksam und schnell reagieren kann. Er erklärte, dass einige Obdachlose jegliche Hilfe ablehnten und dass er sich nicht vorstellen mag, wie Mitte aussehen würde, wenn die 176 Schlafstätten, die im letzten Jahr geräumt wurden, nicht geräumt worden wären. Danach nahmen Sprecher von SPD, Grünen und unser sozialpolitischer Sprecher Rüdiger Lötzer die Äußerungen von Stephan von Dassel auseinander: Ein Bezirksbürgermeister hat die Aufgabe, Lösungen zu finden. Das hat von Dassel nicht getan. Er hat nicht die BVV und die Ausschüsse der BVV über die Missstände informiert. Er hat nicht beim Senat um Hilfe gebeten. Er hat nicht die Beschlüsse der BVV, die Lösungsvorschläge zur Besserung der Obdachlosensituation machen, umgesetzt. Ein Bezirksbürgermeister muss erst alle Möglichkeiten ausschöpfen, bevor er per Presse Panik verbreitet und rechtspopulistische Sprüche klopft! Es ist nicht das erste Mal, dass er sich in der Presse profiliert, bevor er auch nur einen Schritt getan hat, um die Probleme zu lösen. Genau nach dem gleichen Muster liefen seine Vorstöße zum Alkoholverbot oder für Sperrbezirke für Prostituierte ab. Im Laufe der Diskussion zeigte sich, dass von Dassel absolut nicht versteht, warum man seine Handlungen kritisiert und es schien ihn auch nicht zu stören, dass er nur von AfD und CDU Applaus bekam. Er versteht nicht, dass es kritisch gesehen wird, wenn er auf die Schwächsten der Gesellschaft eintritt, anstatt ihnen zu helfen, dass in die Presse lancierte unerfüllbare Maximalforderungen nur den Frust in der Bevölkerung erhöhen und dass er selbst verantwortlich für die Misere ist und bisher keinen eigenen Schritt unternommen hat, um die Probleme zu lösen. Es ist eine fachliche und moralische Bankrotterklärung des Bezirksbürgermeisters.

www.dielinke-berlin-mitte.de

Soziale Kälte trifft vor allem Wohnungslose: Chemnitz. Gerade in der kalten Jahreszeit sind Berichte über Menschen, die keine Wohnung haben, erschreckend. Auch die Zahlen der Diakonie Sachsen von 2016 – 3.533 Menschen in Beratung, die sich in Wohnungsnot befanden oder es noch sind, darunter 566 Kinder – gehen unter die Haut. Die Zahl der Betroffenen in Chemnitz erscheint da schon fast gering. Dazu Katrin Pritscha, sozialpolitische Sprecherin: „Jeder Fall einer zu viel und zeigt einmal mehr das Versagen des Staates. Einige gemeinnützige Einrichtungen unserer Stadt helfen, wo sie können. Sie leisten mit ihrem auch ehrenamtlichen Engagement eine unschätzbare Arbeit, die nicht immer ausreichend gewürdigt und finanziell unterstützt wird." Und Susanne Schaper, Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der Linken ergänzt: „Es darf nicht bei der Linderung der Symptome bleiben, die Ursachen müssen langfristig bekämpft werden. Dies sind der Mangel an sozialem Wohnraum und die Sanktionierung von Hartz IV-Empfängern unter das Existenzminimum. Dass in unserem reichen Deutschland auch Kinder unter dieser sozialen Kälte leiden müssen, macht besonders betroffen." Ein erster Schritt zur Datenerfassung scheitert jedoch an der sächsischen Staatsregierung, die es kategorisch ablehnt, eine Wohnungsnotfallberichterstattung anzufertigen.

www.linksfraktion-chemnitz.de

Handlungskonzept Wohnen: Keine sozialen Korrekturen. Bochum. Auch bei dem zweiten Hauptthema dieser Ratssitzung wehrte sich die rot-grüne Rathauskoalition mit Händen und Füßen gegen soziale Korrekturen: Praktisch ohne Änderungen hat sie das von der Beratungsfirma Empirica entwickelte „Handlungskonzept Wohnen" beschlossen. In seinem Redebeitrag kritisierte Horst Hohmeier, dass der von Rot-Grün favorisierte Entwurf auf die großflächige Privatisierung von Bauland statt auf kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau setzt: „Dabei steht im Konzept selbst drin, dass sich die Situation dadurch weiter verschlechtern wird! Da steht es schwarz auf weiß: Bis zum Jahr 2025 werden weitere 2100 Sozialwohnungen aus der Sozialbindung fallen – und das, nachdem sich die Zahl in Bochum bereits im vergangenen Jahrzehnt halbiert hat! Und was schlägt dieses Handlungskonzept vor? Nicht etwa eine Lösung für dieses Problem. Nein, selbst wenn die formulierten Neubau-Ziele erreicht werden sollten, wird die Zahl der Sozialwohnungen in Bochum bis zum Jahr 2025 weiter sinken!" In unserem Änderungsantrag forderten wir unter anderem kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau, eine verbindliche Sozialwohnungsquote ohne Ausnahmen, Maßnahmen gegen Mietpreissteigerungen und Verdrängung sowie ein Konzept zum Abbau von Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt. Leider haben die SPD und die Grünen gegen die meisten dieser sozialen Korrekturen gestimmt. Mit zwei Ausnahmen: Unsere Vorschläge zur Vermeidung von Leerstand und zur Aktivierung von Wohnraum sollen noch einmal im zuständigen Fachausschuss diskutiert werden. Ebenso verhält es sich mit unserer Forderung, dass die Vergabe von städtischen Grundstücken nach dem Erbbaurecht Vorrang gegenüber dem Verkauf haben soll. Das sind immerhin zwei kleine Teilerfolge, die aber nicht darüber hinweg täuschen können, dass die SPD und die Grünen mit dem Handlungskonzept eine Wohnungspolitik fortsetzen wollen, die nicht nur wir, sondern auch viele andere wohnungspolitisch Aktive in Bochum für grundfalsch halten. **linksfraktionbochum.de**

Anfrage: Unbezahlbarer Wohnraum auch bei geförderten Wohnungen. München. Die Stadtratsgruppe Die Linke hatte am 31.8.2017 nachgefragt, ob die Miete von EOF-Wohnungen und von städtisch geförderten München-Modell-Wohnungen regelmäßig erhöht werde, so dass sie für einkommensschwächere Mieter bald unbezahlbar werde. Am 21.11.2017 beantwortet Sozialreferentin Dorothee Schiwy die Anfrage. Aus der Antwort zu: Frage 4: Welche Maßnahmen hat die Stadtverwaltung ergriffen, um diese zweckwidrigen Entwicklungen zu unterbinden? Antwort: Bei der Einkommensorientierten Förderung handelt es sich um ein staatliches Förderprogramm mit dem Ziel, Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen Wohnraum zu angemessenen Mietpreisen zur Verfügung zu stellen. Die Landeshauptstadt München übernimmt dabei lediglich die Funktion der staatlichen Bewilligungs-

stelle und ist an die Richtlinien und Regelungen des Freistaates Bayern (Wohnraumförderungsbestimmungen) zwingend gebunden. Die Eingangsmiete wird im Förderbescheid festgelegt und liegt bei neueren Wohnungen bei 9,10 €/m² bis 9,40 €/m². Sie darf in den ersten 5 Jahren der Bindung nicht erhöht werden (gerechnet ab Erstbezug). Unter Beachtung der nach dem BGB zulässigen Fristen kann also ab Beginn des 6. Bindungsjahres eine Mieterhöhung erklärt werden. Der Freistaat Bayern ist bei seinem Fördermodell davon ausgegangen, dass sich die Einkommen der berechtigten Haushalte angemessen erhöhen und sie somit diese zulässigen Mieterhöhungen tragen können. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Hinzu kommt , dass diese Regelungen zur Mieterhöhung für die Mieterinnen und Mieter in der Landeshauptstadt München aufgrund der hohen ortsüblichen Vergleichsmieten besonders unvorteilhaft ist. Auf Initiative der Landeshauptstadt München wurde daher 2015 die Regelung zur Mietanpassung (Nr. 14.2 WFB 2012) dahingehend ergänzt, dass in den Fällen, in denen sich eine Kommune an der Finanzierung mit eigenen Fördermitteln, insbesondere durch vergünstigte Grundstücke beteiligt, abweichende Regelungen für Mieterhöhungen getroffen werden können. Die Landeshauptstadt München macht seither in allen Fällen von dieser Regelung Gebrauch: Mietanpassungen erfolgen im Index-Verfahren, was für die Haushalte günstiger ist. Dabei muss die Miethöhe bei jeder Anpassung mindestens 1,50 €/m² unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete bleiben. Diese Maßnahme wurde bereits zuvor für EOF-Vorhaben auf städtischen Grundstücken privatrechtlich im Grundstückskaufvertrag umgesetzt. Für Altfälle (Wohnungen auf privaten Grundstücken) ist diese Möglichkeit jedoch nicht gegeben. Zusätzlich hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München eine Überarbeitung der Mietanpassungsmöglichkeiten geförderter Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaften GEWOFAG Holding GmbH und GWG München beschlossen. Damit sollen für die Mieterinnen und Mieter moderate Mietanpassungen anhand des gesetzlich geregelten Indexverfahrens nach § 557b BGB ermöglicht werden. Die Gesellschaften haben daher einer Vielzahl von Mieterinnen und Mietern nachträglich zu bestehenden Mietverträgen eine neue Mietanpassungsregelung nach Index angeboten. Sobald die Bindungen ausgelaufen sind, erfolgen die Mieterhöhungen bei allen Wohnungen grundsätzlich nur noch nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 558 ff. BGB).

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Zusammenstellung: *Ulli Jäckel,* Hamburg

Chancen und Fallstricke – Die EU hat eine Säule sozialer Rechte bekommen

Von Thilo Janssen, Brüsssel, 2.12.2017

Seit dem 17. November 2017 hat die EU eine Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR). Diese wurde bei einem Gipfel der Regierungschefs in Göteborg feierlich von den Präsidenten der EU-Institutionen unterzeichnet. In Deutschland berichteten die Medien nur am Rande über das Ereignis. Dies lag zum einen daran, dass Kanzlerin Angela Merkel wegen der Sondierungsgespräche für die Jamaika-Koalition nicht zum ersten EU-Sozialgipfel seit 20 Jahren gereist war. Zum anderen konnte den fragenden Journalisten niemand so genau sagen, was sich mit der feierlich proklamierten ESSR in der EU ändern wird. Was also ist die ESSR?

Was steht drin? 20 soziale Grundsätze

Zunächst zum Dokument selbst: Es enthält 20 Grundsätze, die in drei Kategorien eingeordnet sind: 1. Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2. Faire Arbeitsbedingungen und 3. Sozialschutz und soziale Inklusion. Die Grundsätze sind im Tonfall individueller Rechte formuliert. Drei Beispiele: „Arbeitslose haben das Recht auf individuelle, fortlaufende und konsequente Unterstützung“, „Arbeitnehmer haben das Recht auf eine gerechte Entlohnung, die ihnen einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht“ oder „jede Person, die nicht über ausreichende Mittel verfügt, hat in jedem Lebensabschnitt das Recht auf angemessene Mindesteinkommensleistungen“.

Teilweise sind die sozialen Grundsätze dort, wo sie in Beziehung zum Arbeitsmarkt stehen, durch Flexicurity- und Workforce-Prinzipien eingeschränkt. Auch hier drei Beispiele: In Bezug auf „sichere und anpassungsfähige Beschäftigung“ soll „die notwendige Flexibilität für Arbeitgeber gewährleistet“ werden. Arbeitslosenleistungen „sollen die Empfänger nicht davon abhalten, schnell wieder in Beschäftigung zurückzukehren“. Mindesteinkommen sollen „mit Anreizen zur (Wieder-)eingliederung in den Arbeitsmarkt kombiniert werden“.

Die Grundsätze bleiben zumeist unverbindlich: Das Adjektiv „angemessen“ findet sich vierzehnmal im Dokument, ohne genauer definiert zu werden.

Bei manchen Grundsätzen geht die ESSR über den sozialen Rechtsstand der EU hinaus. So werden zum Beispiel Mindesteinkommen (als Geldleistung) ausdrücklich genannt, während sich die Charta der Grundrechte nur vage auf „soziale Unterstützung“ bezieht.

Welchen Status hat die ESSR?

Die 20 sozialen Grundsätze der ESSR sind weder rechtsverbindlich noch schaffen sie neue soziale Kompetenzen für die EU. Verbindlich sind sie nur insofern, als dass sie bereits bestehendes europäisches oder nationales Recht bestätigen. Die ESSR verbleibt programmatische Empfehlung, wo sie über geltendes Recht hinausgeht. Den Mitgliedsstaaten im Rat war es besonders wichtig, zu verhindern, dass die ESSR in irgendeiner Weise direkt auf die nationale Politik einwirken könnte. Nachdem die Kommission Ende April ihren finalen Vorschlag für die ESSR vorgelegt hatte, setzte der Rat gegenüber Kommission und EU-Parlament noch eine Änderung an der Präambel durch. In dieser heißt es jetzt: „Damit die Grundsätze und Rechte rechtlich durchsetzbar sind, müssen *zuerst auf der geeigneten Ebene* entsprechende Maßnahmen oder Rechtsvorschriften angenommen werden“ (Hervorhebung T.J.). EU-Bürger werden also in keinem Fall sozialrechtliche Ansprüche direkt aus der ESSR ableiten können.

Die Gefahr, dass dies passieren könnte, war ohnehin nicht groß. Für eine feierliche Proklamation sehen die EU-Verträge kein Verfahren vor. Es fehlt die Rechtsgrundlage. Darin ähnelt die ESSR der Charta der sozialen Grundrechte für Arbeitnehmer von 1989. Diese wurde nie rechtsverbindlich, die Kommission leitete aber ein soziales Aktionsprogramm aus ihr ab. Ein weiterer Bezugspunkt ist die Charta der Grundrechte der EU. Sie wurde im Jahr 2000 proklamiert, allerdings machte sie erst ein Verweis im Lissabonner Vertrag im Dezember 2009 rechtsverbindlich.

In welchem politischen Kontext steht die ESSR?

Zur Frage, unter welchen Umständen die ESSR zukünftig einmal rechtsverbindlich werden könnte, äußert sich die EU-Kommission in ihrem „Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion“ . Die ESSR könne „nur dann für rechtsverbindlich erklärt werden“, so die Kommission, „wenn sich ihre Einhaltung durch eine enge Verknüpfung von einschlägigen Reformen, der Verwendung von EU-Mitteln und dem Zugriff auf eine

mögliche makroökonomische Stabilisierungsfunktion stärken lässt“ (Hervorhebung T.J.).

Bemerkenswert ist zweierlei: Es sind der Währungskommissar Valdis Dombrovskis und der Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici, die definieren, unter welchen Umständen aus der unverbindlichen ESSR ein Dokument sozialer Rechte werden könnte – nicht die Sozialkommissarin Marianne Thyssen im „Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas“ .

Außerdem sind die drei Bedingungen genau zu betrachten. Erstens: Einschlägige Reformen im Rahmen der Euro-Rettungspolitik und des Europäischen Semesters haben sich bisher dadurch ausgezeichnet, dass sozialer Schutz stärker an den Zwang zur Beschäftigung gebunden wurde. Renteneintrittsalter wurden erhöht und Renten gekürzt, die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld verschärft, Mindesteinkommen stärker mit „Anreizen zur Arbeitssuche“ verknüpft, Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung („Lohnnebenkosten“) gesenkt oder allgemeinverbindliche Tarifverträge zugunsten von Werkverträgen zurückgedrängt. Zweitens: In welchem Ausmaß EU-Mittel verwendet werden können, hängt davon ab, wie die Verhandlungen der EU-Institutionen um den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ausgehen. Mit dem Vereinigten Königreich scheidet der zweitgrößte Nettozahler zum EU-Haushalt aus. Im deutschen Bundestag sitzen mit AfD und FDP zwei neue Parteien, die lautstark gegen „eine Geld-Pipeline aus Deutschland in andere Euro-Staaten“ (Christian Lindner) wettern. Und Wolfgang Schäuble (CDU) hatte sich beeilt, kurz bevor er als Finanzminister der Großen Koalition ausschied, den Vorschlägen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Reform des EU-Haushalts mit einem eigenen Grundsatzpapier einen Riegel vorzuschieben. In diesem Monat wird die EU-Kommission ihre Vorschläge zu einer makroökonomischen Stabilisierungsfunktion vorlegen. Im ihrem Arbeitsprogramm kündigt sie legislative Vorschläge an, um den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) – das Instrument der Euro-Rettungspolitik in Griechenland, Spanien oder Portugal – in einen dem EU-Recht unterliegenden Europäischen Währungsfonds (EWF) umzuwandeln. Zudem wird die Kommission eine eigene Haushaltslinie für die Eurozone im EU-Haushalt vorschlagen, die unter anderem „Strukturreform-Hilfe“ gewähren soll. Außerdem will die Kommission den Fiskalpakt, der härtere Sparauflagen für die EU-Länder vorsieht als der bisherige Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), in das EU-Recht integrieren.

Würde die ESSR unter den von den Kommissaren Dombrovskis und Moscovici genannten Bedingungen rechtsverbindlich, würde sie als abhängige Variable in das bestehende Wettbewerbs- und Spar-Paradigma eingeordnet, anstatt damit zu brechen. Nationales Beschäftigungs- und Sozialrecht könnte dann mit Hilfe der ESSR sogar in negativer Weise in den Kompetenzbereich der EU hineingezogen werden. Zum Beispiel könnte die Kommission auf Grundlage der ESSR prüfen, ob eine nationale Arbeitslosenversicherung ausreichend Anreize (z.B. Sanktionen) vorsieht, damit Versicherte schnell eine Stelle annehmen. Der Europäische Gerichtshof könnte eigene Standards dafür definieren, was „angemessen“ in der Abwägung zwischen einem wirtschaftspolitischen Ziel und dem sozialen Recht eines einzelnen Menschen bedeutet. Wenn das Sozialrecht jedoch seine Eigenständigkeit verliert, wird es seiner Funktion nicht mehr gerecht, soziale Ansprüche des Einzelnen gegen Übergriffe aus wirtschaftlichem Interesse zu schützen.

Die ESSR als Maßnahmenprogramm

Bis auf weiteres ist die ESSR nicht rechtsverbindlich. Kommissionspräsident Juncker betont jedoch, dass es sich bei der ESSR keineswegs nur um „Poesie“, sondern zunächst um ein Grundsatz-, dann um ein Maßnahmenprogramm handele. Bisher hat die Kommission einen legislativen Vorschlag vorgelegt, den sie programmatisch auf die ESSR bezieht. Eine neue Richtlinie zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sieht neue EU-Mindeststandards für Elternzeit und erstmals auch für Pflegezeiten von Beschäftigten vor. Außerdem wurde ein neues „soziales Scoreboard“ mit 41 sozialen Indikatoren in das Europäische Semester aufgenommen. Die Indikatoren sollen soziale Fortschritte der EU-Länder messen. Sanktionsbewährt wie die Spar-Auflagen des SWP und die makroökonomischen Vorgaben (die beiden verbindlichen Bereiche des Semesters) sind die sozialen Indikatoren jedoch nicht.

Das bedeutet: Einer Regierung, die keine Schulden abbaut oder die ihre negative Exportquote nicht erhöht, droht irgendwann ein Verfahren. Wenn eine Regierung nicht gegen Altersarmut vorgeht, bleibt es weiterhin nur bei einer öffentlichen Verwarnung.

In ihrem Arbeitsprogramm für 2018 kündigte die EU-Kommission ein „Sozialpaket“ an. Legislative Vorschläge soll es geben für eine europäische Arbeitsmarktbehörde, für eine europäische Sozialversicherungsnummer und zur sozialen Sicherung für Selbständige in atypischen Arbeitsverhältnissen. Außerdem soll die Richtlinie über die schriftliche Unterrichtung der Arbeitnehmer über ihr Arbeitsverhältnis überarbeitet werden.

Eine Arbeitsmarktbehörde und eine EU-Sozialversicherungsnummer könnten wirksam dazu beitragen, grenzüberschreitenden Sozialbetrug zu bekämpfen, wie er etwa bei der Entsendung von Arbeitnehmern häufig von Unternehmen betrieben wird. Soziale EU-Mindeststandards für atypisch (selbstständig) Beschäftigte könnten soziale Verbesserungen für das wachsende Heer an Plattform- und Klick-Arbeitern bringen und einen positiven Präzedenzfall für soziale EU-Mindeststandards im Sekundärrecht schaffen. Könnten – denn zunächst müssen die konkreten Vorschläge der Kommission vorliegen. Dann müssen sie noch durch den Gesetzgebungsprozess. All diese Vorschläge sind grundsätzlich zu begrüßen, doch hätten sie nicht unbedingt der ESSR bedurft. Und noch immer gibt es keine Vorschläge für eine Mindesteinkommensrichtlinie oder einen EU-Rahmen für Mindestlöhne.

Und nun? Die ESSR in der politischen Auseinandersetzung nutzen

Wie die Sozialverbände und die meisten linken und sozialdemokratischen Parteien bezieht sich der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) weitgehend positiv auf die ESSR und fordert, dass ihre sozialen Grundsätze nun in hartes Recht gegossen werden. Dazu hat der EGB „10 Grundpfeiler“ benannt, in denen es um soziale Investitionen, neue Gesetzesinitiativen und Vertragsänderungen geht. Ein „sozialer Aktionsplan“ müsse „konkrete Schritte und Verpflichtungen zur Durchsetzung

Europa will soziale Spaltung überwinden. FAZ, Fr., 17.11.17 . Viele in Europa sind verunsichert von Globalisierung und dem Umbruch in der Arbeitswelt. Mit einer „Säule sozialer Rechte“ will die EU gegensteuern. Kritiker halten die aber für ziemlich schwammig. Nach den Wahlerfolgen von Populisten und EU-Kritikern besinnt sich die Europäische Union auf das Soziale, um unzufriedene Bürger zurückzugewinnen. Bei einem Gipfel in Göteborg bekannten sich die 28 Staaten am Freitag in einer Erklärung zu gemeinsamen Mindeststandards, darunter faire Löhne, Hilfe bei Arbeitslosigkeit und angemessene Renten. Die Rechte seien nicht nur „fromme Wünsche“, sondern sollten konkret umgesetzt werden, versicherte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Kritiker wenden nämlich ein, dass die sogenannte Säule sozialer Rechte zunächst unverbindlich und die in 20 Punkten festgehaltenen Standards nicht einklagbar seien. Die Erklärung sei gut, aber nur ein Anfang, sagte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Reiner Hoffmann, im Interview der Deutschen Presse-Agentur. „So nützt sie weder dem deutschen, noch einem anderen europäischen Beschäftigten. Die Säule muss finanziell ausgestattet und sie muss rechtsverbindlich werden.“ In Göteborg gehe es erst einmal nur um politischen Willen, räumte die litauische Regierungschefin Dalia Grybauskaité ein. „Natürlich muss das später mit konkreten Vorschlägen gefüllt werden.“

Diese soziale Säule trägt nicht. 8/17, Magazin Mitbestimmung. Die Schwäche dieses Weges „rein deklaratorischer Rechte“ zur Vertiefung der sozialen Dimension der Integration ist in den letzten Jahren im Zuge der Eurokrise und der Austeritätspolitik schlagend deutlich geworden. Die im Abschnitt „Solidarität“ enthaltenen zahlreichen sozialen Grundrechte der Charta im Lissabon-Vertrag haben nicht verhindern können, dass vor allem in Südeuropa im Rahmen der Sparpolitiken die Tarifvertragssysteme unterhöhlt, die Reallöhne abgesenkt und die sozialen Schutzrechte – teilweise massiv – abgebaut wurden.

Wegen der unspezifischen Formulierung der europäischen sozialen Rechte kann die Kommission an keiner Stelle, bei keinem sozialen Recht benennen, welcher Mitgliedstaat, in welcher Weise dieses Recht verletzt. Sie definiert für die sozialen Rechte keine nationalen und/oder europäischen Schwellenwerte, die nicht über- oder unterschritten werden sollten. Die Kommission benennt auch keine Instrumente, weder nationale noch europäische, deren Einsatz ein Überschreiten oder Unterschreiten von sozialen Schwellenwerten verhindern könnte. Zwar hat die Kommission als Ergänzung zur ESSR jetzt auch eine Reihe von sozioökonomischen Indikatoren veröffentlicht, welche dazu dienen sollen, die Fortschritte bei der Realisierung der sozialen Rechte zu überprüfen. Sie hat aber für diese Indikatoren weder Schwellenwerte festgelegt noch Instrumente benannt, deren Einsatz die Einhaltung der Schwellenwerte sicherstellen könnte. **Quelle: Hans-Böckler-Stiftung. www.magazin-mitbestimmung.de Autoren: Bsirske, Frank, Busch, Klaus, 08/2017**

LEKTÜRE-HINWEIS: **Das Leben von Frauen und Männern in Europa – ein statistisches Porträt** – Eurostat-Publikationen, Ausgabe 2017, Mi., 18.10.17. – Diese digitale Veröffentlichung vergleicht die Lebenswelten von Frauen und Männern und zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Alltag von Frauen und Männern in europäischen Ländern auf.

Quelle: www.destatis.de/Europa/DE/Publikationen/Eurostat/BevoelkerungSoziales/SozialesLebensbedingungen/ST_KS0217602DE.html

EU-Rentenpolitik – Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V (aba) begrüßt Ausweitung bestehender EU-Regelungen. Kurzstellungnahme der aba, Die., 26.9.17. Die aba ist der Fachverband für alle Fragen der betrieblichen Altersversorgung in der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst. „... die 20 Prinzipien sollen zu neuen und effektiveren sozialen Rechten für die Bürger der teilnehmenden Mitgliedsstaaten führen. Während die Prinzipien für alle Staaten gleich sind, kann bei ihrer nationalen Umsetzung der wirtschaftliche, institutionelle und kulturelle Hintergrund Berücksichtigung finden. ... relevant ist das Thema „Alterseinkünfte und Ruhegehälter“ (Prinzip 15):

1. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Selbstständige im Ruhestand haben das Recht auf ein Ruhegehalt, das ihren Beiträgen entspricht und ein angemessenes Einkommen sicherstellt. Frauen und Männer sind gleichberechtigt beim Erwerb von Ruhegehaltsansprüchen.
2. Jeder Mensch im Alter hat das Recht auf Mittel, die ein würdevolles Leben sicherstellen.

Das vorgeschlagene Prinzip 15 der EU-Säule der Sozialen Rechte geht damit über die bestehenden Regelungen auf EU-Ebene hinaus: Selbstständige werden in diesem Zusammenhang explizit erwähnt; vorgeschlagen ist außerdem ein allgemeines Recht auf angemessene Versorgung im Alter. Die aba begrüßt, dass die Kommission sich auf alle drei Säulen der Altersversorgung bezieht und die nationalen Gesetzgeber dazu auffordert, durch den steuerlichen Rahmen die zusätzliche Altersversorgung zu stärken („Zusatzrentensysteme auf Kapitaldeckungsbasis gewinnen zusammen mit staatlichen Rentensystemen immer mehr an Bedeutung. Die Ermöglichung und Förderung einer lebenslangen Altersvorsorge einschließlich steuerlicher Anreize ist eine wichtige flankierende Maßnahme.“) Kritisch hingegen sieht die aba die angekündigte Gesetzesinitiative zur Einführung eines EU-Altersvorsorgeproduktes. **Quelle: www.aba.de**

Zusammenstellung:
Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

---

aller 20 Prinzipien und Rechte“ der ESSR enthalten.

Das in der EU dominierende rechte Wirtschaftslager um die deutsche CDU/CSU wittert in der ESSR eine Gefahr für sein Wirtschaftsmodell. Dieses setzt darauf, dass die Konkurrenz um niedrige Sozialstandards im Binnenmarkt die Gewerkschaften mit ihren Lohnforderungen im Zaum und so die sozialen Kosten für Unternehmen niedrig hält. Die FAZ warnte daher eindringlich vor der ESSR: Eine „Angleichung der Sozialstandards“ in Richtung westeuropäisches Niveau erspare es erstens „Staaten wie Frankreich zumindest kurzfristig, ihre Sozialsysteme zu modernisieren“. Zweitens seien hohe EU-Sozialstandards „der Abschied vom Wettbewerb“ für die aufholenden Osteuropäer, die mit „weiteren Transferleistungen“ kompensiert werden müssten – der „Einstieg in eine Transferunion“. Drittens liefere die ESSR „den Krisenstaaten in Südeuropa eine neue Grundlage, um nach Hilfen des reichen Nordens zu rufen“.

Tatsächlich wäre die soziale Harmonisierung auf der Grundlage von EU-Richtlinien genau der richtige Weg, um die sozialen Niveaus in den ärmeren EU-Ländern in einem ersten Schritt so anzuheben, dass die bitterste Armut gelindert wird und die mittleren Einkommensschichten stabilisiert werden. Transfers aus einem größeren EU-Haushalt werden nötig sein, um manchen Ländern zu helfen, ihre eigenen Systeme aufzubauen oder (in einem positiven Sinne) zu modernisieren. Das Schreckgespenst der Konservativen könnte Wirklichkeit werden: Eine soziale EU.

Gewerkschaften wie Konservative haben erkannt, dass der Kampf um das Niveau unserer Sozialstandards auf europäischer Ebene ausgetragen wird. Die europäische Linke sollte weiter für harte soziale Standards auf EU-Ebene streiten, im Primär- und im Sekundärrecht. Dabei sollte sie sorgsam die Fallstricke im Auge behalten, die um die ESSR herum aufgespannt sind.

RECHTS AUSSEN

AfD stoppt Parteiausschlussverfahren gegen Jens Maier. Der sächsische AfD-Landesvorstand stoppt das Parteiausschlussverfahren gegen Maier. Vertreter der AfD-Kreisverbände, des Landesvorstands und der „Jungen Alternative" hätten sich dafür eingesetzt, das Ausschlussverfahren zu beenden. Maier, Richter am Landgericht Dresden, hatte sich als Bundestagskandidat an enttäuschte NPD-Wähler gewandt: „Wir sind die neue Rechte" und erklärte den „Schuldkult für endgültig beendet". Er beobachtete im Land eine „Herstellung von Mischvölkern, um die nationalen Identitäten auszulöschen". Im April hatte Maier, der sich der „Kleine Höcke" nennt, Verständnis für den norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik geäußert. Das Landgericht Dresden entzog ihm inzwischen die Zuständigkeiten für Medien- und Presserecht sowie für Verfahren, die den Schutz der persönlichen Ehre betreffen, er bleibt aber für Berufungen bei Verkehrsunfallverfahren und allgemeine Zivilsachen zuständig. Zur Aussage Maiers, die NPD sei „die einzige Partei, die immer geschlossen zu Deutschland gestanden hat", sagte Gauland: „Das hat nichts mit Nationalismus zu tun. Aber ich hätte es nicht gesagt." **Quelle: Tagesspiegel, 29.11.17**

Rassismus des hessischen Ex-Ministerpräsidenten Koch ist unvergessen. Am 1.12.17 fand in Wiesbaden eine Kundgebung von ca. 350 Menschen aus DGB, der Martin-Niemöller-Stiftung, der VVN-BdA, der Partei Die Linke, der SPD und einem Bündnis gegen die Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille an Roland Koch statt.

„Wilhelm Leuschners Name ist für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter untrennbar mit dieser Biographie und der Überwindung des Nationalsozialismus nach 1945 verbunden. Roland Kochs Name erinnert an ein beispielloses Sozialabbauprogramm und an seine schmutzige rassistische Unterschriftenkampagne im Landtagswahlkampf 1999. Diese Unterschriftenaktion richtete sich gegen die doppelte Staatsbürgerschaft für Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, also gegen eine damals längst überfällige Form der Integration. In ihrem Windschatten führte die NPD ebenfalls eine Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsangehörigkeit durch. Wenn rassistisches Handeln Jahrzehnte später mit einer Auszeichnung der antifaschistischen Traditionen im Sinne Leuschners gekrönt werden soll, dann ist das ein Schlag in die Gesichter all jener, die sich aufrecht gegen soziale Ungerechtigkeit und gegen Rassismus in unserer Gesellschaft engagieren."

(Aus der Rede des DGB).

Was tun gegen die rechte Theorie? Umstrittener Auftritt in New York

Marc Jongen, mittlerweile Mitglied im Bundestag, bewirbt sich beim Parteitag der AfD um einen Beisitzerposten. Explizit will er dabei zur Konsolidierung der AfD beitragen und vermittelnd für die Etablierung der AfD als Volkspartei im Zusammenwirken aller Parteiströmungen wirken (zitiert nach Jongens Bewerbungsschreiben). Er will das intellektuelle Profil der AfD stärken und führt dafür „einige – auch internationale – Aktivitäten" ins Feld. Womit wir beim Thema wären.

Das Hannah-Arendt-Zentrum für Politik und Geisteswissenschaft am Bard College in New York richtet jedes Jahr im Herbst eine Konferenz zu großen Fragen der Zeit aus. Dieses Jahr ging es um „Krise der Demokratie: Denken in dunklen Zeiten". „Wir sehen eine weltweite Rebellion gegen liberale Demokratie. In Ungarn, Russland, der Türkei und anderen Ländern Europas flirten Parteien vom rechten und vom linken Flügel mit autoritärer Herrschaft. In den USA kanalisiert Donald J. Trump die Stimmen derjenigen, die sich selbst als entrechtet bezeichnen. Repräsentative Regierungen werden überall als korrupt, ineffizient und undemokratisch dargestellt. Die große politische Errungenschaft des modernen Zeitalters – stabile repräsentative Demokratie – ist überall unter Beschuss." [1]

„Muss Demokratie populistischer sein?" war am 13. Oktober Thema einer Diskussionsrunde – zwei Wissenschaftler argumentieren gegeneinander auf der Bühne, ein Moderator steuert das Gespräch, Fragen aus dem Publikum sind erlaubt. Marc Jongen, Dozent für Philosophie an der Karlsruher Hochschule für Gestaltung, war wegen seiner Doppelfunktion als bekennender Populist und Wissenschaftler als Redner eingeladen, sein Gesprächs-Gegenspieler war Ian Buruma, Chefredakteur der New York Review of Books, Moderator war der akademische Direktor des Hannah-Arendt-Zentrums Roger Berkowitz.

Inhalte von Jongens Rede

Jongen führte sich ein als Kämpfer für die freie Rede, der an vielen Orten in Europa an eben dieser gehindert würde durch Protest und Diffamierung. Von einer seriösen politischen Debatte würde er ausgeschlossen, auch indem seine Partei mit Hitler und Nazis gleichgesetzt würde. Ja, er sei Populist und wolle in sich selbst hineinhören und sich selbst betrachten, was er darunter verstehe. Beginnen wolle er damit, wie es in Deutschland zur AfD-Gründung gekommen sei. Es sei in der Parteiengeschichte Deutschlands erst das zweite Mal (nach den Grünen in den 70er Jahren), dass eine neue und erfolgreiche Partei unter großen Anfeindungen die Bühne betreten habe. Die AfD sei eine Reaktion und Rebellion auf und gegen Merkels behauptete Alternativlosigkeit – „TINA" (=There Is No Alternative). Der Euro, die Euro-Rettung die Einführung des Euro überhaupt – vom ökonomischen Standpunkt her sei das alles falsch und hätte die südeuropäischen Länder verletzt und dazu geführt, dass ihr alten Systeme verschwinden. Nur die großen Finanzinstitute hätten davon profitiert. Jongen bezieht sich auf Colin Crouch [2] und den Begriff der Postdemokratie. Der ESM-Mechanismus sei eine Monsterbürokratie, die den nationalen Regierungen Unsummen entzöge mit dem Argument des Ausnahmezustandes. Logischerweise flicht Jongen dann Carl Schmitts Definition der Souveränität ein: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet". [3] Er bezeichnet Merkel als in diesem Sinne „souverän" und fragt, ob sie daher noch als demokratische Führungspersönlichkeit bezeichnet werden könne. Wiederum mit Bezug auf Carl Schmitt [4] stellt Jongen in Form einer Frage fest, dass nur noch die Oberfläche der Staatsform demokratisch sei, in Wirklichkeit Diktatur herrsche und benutzt den Ausdruck der Demokratur. Jongens Lösungsidee: Referenden. „Hätte ein Referendum über die Einführung des Euro stattgefunden, wäre er nie eingeführt worden." Im Begriff Demokratie stecke das griechische Wort Demos – was dem Lateinischen Populus entspräche und daher die Demokratie ohne Populismus nicht denkbar sei.

An dieser Stelle leiert Jongen die – uns in Deutschland leider allzu bekannte – Litanei aus Behauptungen über die Migrationswelle 2015 herunter. „Wir schaffen das" bezeichnet er als Mantra und Ursache dafür dass „culturally alien people" – kulturell fremdartige Menschen – das Land überfluteten: hauptsächlich junge,

[1] http://hac.bard.edu/con2017 **[2]** Colin Crouch: Postdemokratie. Edition Suhrkamp. Inzwischen auch Teil II und Teil III erschienen („Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus" und „Die bezifferte Welt: Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht" **[3]** Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. Berlin: Duncker & Humblot **[4]** Carl Schmitt, Carl (1926): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 4. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot **[5]** Siehe auch: https://www.project-syndicate.org/commentary/right-wing-populism-bard-arendt-center-by-ian-buruma-2017-11/german

hauptsächlich männliche, hauptsächlich muslimische Flüchtlinge. Man werde als Rassist, Nationalist und Nazi diffamiert, wenn man sage: „Wir sind nicht gefragt worden. Wir wollen diese Menschen nicht“, dabei sei der islamische Hintergrund eine ernstes Problem für jede Ingtegration. 2015 wäre eine traumatische Erfahrung für die ganze Gesellschaft gewesen, und die AfD sei zur Stimme geworden für alle, die gegen unkontrollierte Masseneinwanderung seien. Andere Narrative sähen das anders.

Jongen geht dann auf die vom Moderator anfangs aufgeworfene Frage ein: „Wer sind WIR und wer wollen WIR sein.“ DEMOS und ETHNOS seien zwar nicht das gleiche, aber gemeinsame Werte und Verwurzelung in gemeinsamem Grund und gemeinsamer Geschichte seien Voraussetzung für eine Engagement in ein gemeinsames Projekt für die Zukunft. In Amerika sei das anders, weil dort von allen die englische Sprache gesprochen würden und eine Leitkultur vorhanden sei: der Glaube in Freiheit, Demokratie und Gleichheit aller menschlichen Seienden (human beings). So sei eine Nation und ein Staat begründbar. In Europa sei das nicht möglich. Dort würden sich kleine Blasen oder Identitäten ausbildeten, die keinen gemeinsamen DEMOS mehr formen würden. Ein Superstaat Europa könne es nicht geben.

Widerspruch

In der Diskussionsrunde bekam Jongen Gelegenheit zur Konkretisierung: Populismus müsse neu definiert werden, es ginge nicht um Machtübernahme, sondern darum, das System zur Reaktion zu bringen. Populismus müsse dazu dienen, den Verlust des gemeinsamen Willens (common will) zu verhindern. Diese Gefahr bestünde wegen der Gräben zwischen den verschiedenen Gruppen (Blasen, Identitäten). Man wolle nicht zurück zu der schrecklichen auf Rassismus basierten Gesellschaft, aber … (mehr kam dazu nicht).

Ian Buruma und Roger Berkowitz argumentierten so, dass das Selbstmitleid eines Marc Jongen keine Chance hatte, die inhaltlichen Fragen zu übergehen. Sie machten mehreres deutlich: was Jongen als „Akt der Gewalt“ seitens Merkel gegenüber dem deutschen Volk bezeichnet, sei ein Akt der Humanität gewesen. Die von Jongen behauptete Kriminalität der Migranten werde durch Statistiken widerlegt. Die Nationenbildung, wie sie von Jongen beschrieben würde, war bereits von Hannah Arendt abgelehnt worden. Im Schlusskommentar legte Berkowitz das andere Konzept dar: nicht von einem gemeinsamen Willen ausgehen, sondern durch Vereinbarung, Aushandlung und Konfliktregelung die gewaltigen Interessenskonflikte einhegen und Institutionen schaffen, sie zu lösen.

„In die Falle getappt“

Burama schreibt: [5] „Anschließend brach ein kleiner akademischer Sturm los. Mehr als 50 renommierte US-Wissenschaftler protestierten in einem offenen Brief gegen die Entscheidung des Hannah Arendt Center, Jongen als Gastredner einzuladen. Der Punkt dabei war nicht, dass er nicht das Recht habe, seine Meinungen zum Ausdruck zu bringen, sondern dass das Bard College nicht sein Prestige dazu hätte hergeben dürfen, den Sprecher respektabel erscheinen zu lassen. Ihn einzuladen ließe seine Ansichten legitim erscheinen. Dies erscheint mir aus mehreren Gründen fehlgeleitet. Zunächst einmal ist es, wenn man eine Konferenz zum Thema Rechtspopulismus ausrichtet, doch sicher nützlich, sich anzuhören, was ein Rechtspopulist tatsächlich zu sagen hat. Professoren dabei zuzuhören, wie sie Ideen verdammen, ohne diese Ideen tatsächlich selbst zu hören, wäre nicht besonders lehrreich.

Auch ist es nicht offensichtlich, warum ein Sprecher einer wichtigen Oppositionspartei eines demokratischen Landes als Gastredner auf einem Hochschulcampus inakzeptabel sein sollte. Linke Revolutionäre waren einst ein elementarer Bestandteil des Hochschullebens, und Bemühungen, sie von dort zu verbannen, wären zu Recht auf Widerstand gestoßen.

Der Protest gegen die Einladung an Jongen war nicht nur intellektuell inkohärent; er war zugleich taktisch dumm, denn er bestätigt den Glauben der Rechtsextremen, dass die Liberalen die Feinde der Redefreiheit und dass Rechtspopulisten die Opfer liberaler Intoleranz seien. Ich glaube, dass Jongen die Konferenz am Bard College höflich diskreditiert verlassen hat. Aufgrund des Protests war er in der Lage, diese Niederlage in einen Erfolg umzuwandeln.“

Worauf läuft Jongens Rede hinaus?

Jongens Ausführungen stellen einen Angriff auf das Zusammenleben in Europa, die EU und den Euro-Wirtschaftsraum dar. Sein politisches Ziel, das er propagiert, ist die Installation einer populistischen Staatenwelt mit deutscher Vormacht. Diese Gefährdung des Friedens in Europa springt nicht unmittelbar ins Auge, werden durch politische Reflexion aber evident. Sein Auftritt ermöglichte es ihm, sich als Vertreter einer Hauptströmung zu präsentieren und nicht als das, was sie ist: nicht irrelevant, aber politisch abseitig.

Eva Detscher, Karlsruhe

Das muss man lesen:

Andreas Voßkuhles „Ein Populist ist ein Gegner der Demokratie“ (FAZ,23.11.)

Zum Jahresanfang begründete der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, die Ablehnung des NPD-Verbots: Das Handeln der Partei lasse noch nicht einmal auf die Möglichkeit eines Erreichens ihrer verfassungsfeindlichen Ziele schließen. Das Gericht berücksichtigte nicht, was Hasspropaganda und Gewalttaten bis hin zum Mord im Alltagsleben anrichten und was der Staat durch die Duldung der NPD als Partei somit hinnimmt. Inzwischen mehren sich die Beispiele, dass autoritäre Bewegungen auf dem Wege von Abstimmungen und Wahlen ans Ruder kommen, sogleich beginnen, das System Gewaltenteilung auszuhebeln und die unabhängige Justiz als Erfüllungsgehilfen in Dienst zu nehmen. In seinem Aufsatz „Ein Populist ist ein Gegner der Demokratie“, (FAZ vom 23.11.), stellt Voßkuhle fünf Unterscheidungen von Demokratie und Populismus vor und entwickelt daraus zwei Handlungsmaximen, die den realen Gefahren eher gerecht werden als der verharmlosende Tenor in Sachen NPD. (siehe Kasten).

Unterscheidungen: Es geht dabei erstens um die Fiktion eines imaginären reinen Volkes als Träger der Wahrheit und die Anmaßung der Populisten, diese Wahrheit darzustellen. Zweitens, und daraus folgend, um die Idee der Einheit, die Widerspruch und abweichendes Verhalten nicht zulassen kann, drittens um den politischen Alleinvertre-

*** www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesverfassungsrichter-vosskuhle-und-sein-rezept-gegen-populismus-15304961.html,**

**** Auszug Voßkuhle:** „Zwei Handlungsmaximen … gegen Populismus … Erstens: Soweit es zu eindeutigen rechtlichen Grenzüberschreitungen kommt – seien es Schmähungen und Volksverhetzungen durch einzelne Politiker, seien es Verstöße gegen demokratische und rechtsstaatliche Spielregeln –, müssen diese konsequent sanktioniert werden. Das ist zuvörderst Aufgabe der staatlichen Institutionen und der unabhängigen Gerichte. Wo diese durch populistische Regierungen korrumpiert oder beseitigt worden sind, müssen die Mechanismen der Europäischen Union und der Völkerrechtsgemeinschaft greifen. Jede Form von Nachsicht führt hier unweigerlich in den Abgrund! Zweitens: An den Mühen der politischen Ebene im Rahmen demokratischer Verfahren führt kein Weg vorbei … Gerade auch in „heiklen“ Politikfeldern müssen demokratische Parteien Farbe bekennen und konkrete Handlungsoptionen aufzeigen, damit der Wähler Alternativen hat … heraus(zu)arbeiten, dass und warum die konkrete populistische Forderung mitnichten den Interessen aller Bürger entspricht, sondern dass es sich – wie bei den meisten politischen Forderungen – um eine partikulare Präferenz handelt …

tungsanspruch, den eine Bewegung erheben muss, die auf solche Annahmen gegründet ist, viertens um die Ablehnung des freien Mandates von Abgeordneten und fünftens um die Ächtung oppositionellen Verhaltens und aller Widerrede sowie Kontrolle und möglichst vollständige Inbesitznahme aller staatlichen Ämter. „Der populistische Staat wird mit der Begründung autoritär, nur so könne der wahre Wille des Volkes vollstreckt werden." Vosskuhle sieht die Gefahr einer Transformation der rechtlich geordneten Demokratien zu populistischen beherrschten Gesellschaften.

Anforderungen an die Politik. Auf das gegebene politische Spektrum projiziert enthält Voßkuhles Warnung die schwer verdauliche Forderung, im politischen Denken den Entwurf von Alleinvertretungsansprüchen und Überwältigungsstrategien zu vermeiden. Es wäre in einer Zeitschrift für linke Politik nicht schwer, diese Zumutungen an Konservatismus, Liberalismus, Staatsrechtslehrer, Professoren usw. gewendet liebevoll auszubuchstabieren. Interessanter wird es sein zu prüfen, ob bzw. wie mit dem Populismus-Vorwurf, den Vosskuhle mit großen Nachdruck auch in die Richtung linker Politik adressiert, umzugehen ist.

Eine Schwäche von Voßkuhles Argumentation ist, dass er das reale Phänomen der sozialen und rechtlichen Ausgrenzung und der damit verbundenen Repression ausblendet, das auf der Linken den „Kampf gegen das ganze System" so plausibel macht. Seine Argumente sind aber stark, wo sie Kritik und Widerstand auf die Einhaltung demokratischer Formen verweisen. Macht das wehrlos?

Eher im Gegenteil. In der hoch differenzierten, arbeitsteiligen Gesellschaft müssen die Freiheiten zur Lebensgestaltung aufeinander abgestimmt werden. Das geschieht zunächst im politischen Diskurs durch Gewichtung von Argumenten, die Feststellung von Mehrheiten und die Übertragung von Ämtern. Im Gesetzgebungsverfahren, das am Ende noch die gerichtliche Prüfung vorsieht, kommt jedoch die ganze Breite der Interessen, auch von Minderheiten und sogar Einzelnen zum Tragen, sie sind im Bestand der Gesetze gleichsam abgelagert und kommen bei der kundigen und unabhängigen Prüfung der Neuerung zum Vorschein. Eine langwierige und schwierige Prozedur, aber gerade kein Hindernis für Emanzipation. Lähmend ist, gerade vor dem Hintergrund geschichtlicher Erfahrungen, das Risiko, im Schwung des Freiheitsdranges andere zu schädigen. So soll auf Voßkuhles Mahnungen an die Politik mit einem Lob geantwortet werden: Es ist schön, wenn sich angesehene deutsche Juristen aus der autoritären Tradition Carls Schmitts und anderer – der Wille der politischen Führung als Quelle von Gesetzgebung und Rechtsprechung – lösen und hilfreiche „Handlungsmaximen gegen den Populismus" finden.

Martin Fochler, München

Dr. Harald Pätzolt / Dr. Thomas Falkner, 23.11.2017

Vorschlag an Die Linke, sich mit dem Jubiläum zum Ende des Großen Krieges ernsthaft zu befassen

2018 jährt sich das Ende des Ersten Weltkrieges zum einhundertsten Mal. Anders als in Deutschland, wo schon eine exklusive Sprache vom ersten der zwei Weltkriege, einer Zwischenkriegszeit usw. das Ereignis geschichtspolitisch auf den Stand, den es im kollektiven Gedächtnis und in der deutschen Erinnerungskultur seit Jahrzehnten hat, herabstuft, wird das Ereignis in unseren Nachbarländern, aber auch weltweit, in Asien, in Lateinamerika, in Russland und den USA und auch im Mittleren und Nahen Osten das Jahr über eine bedeutende Rolle spielen.

Die Nachkriegsordnung Europas sowie anderer Teile der Welt wurde durch den Ausgang des „Großen Krieges" in hohem Maße geprägt. Mit Staatsgründungen und der Rückerlangung eigener Staatlichkeit, Polen sei erinnert, begann eine, leider kurze, Phase nationaler Selbstbestimmung und Demokratie. Fragen des politischen und kulturellen Selbstverständnisses, der nationalen Identität, werden von daher im kommenden Jahr in vielen Ländern ebenso hohe öffentliche Aufmerksamkeit finden wie die Reflexionen der Entwicklungen im Verhältnis der europäischen Staaten, damals im Krieg befindlich, seitdem und aktuell.

Während in Nachbarländern die Sache groß vorbereitet wird, in Frankreich etwa mit mehr als erheblichen Ressourcen staatlich hoch angebunden, dürfen wir von und in Deutschland, nach der Erfahrung von 2014, damit rechnen, leider, dass die politischen Eliten und Institutionen erneut von den Herausforderungen und Beanspruchungen, die das Gedenken um unser Land herum mit sich bringen werden, überrascht sein werden.

Das ist nicht gut, aber es birgt für Linke, auch für Die Linke, erhebliche Chancen, in diesem europäischen Geschehen Verantwortung zu übernehmen und Beachtung zu finden.

Im Folgenden möchten wir dazu einige Stichworte liefern.

- Die deutsche Erinnerung umschließt durchaus ein Verdrängen der Niederlage; es prägen verschiedene Verratsnarrative den Diskurs noch immer. Die Dolchstoßlegende ist in der extremen Rechten so lebendig wie auf Seiten der seitdem gespaltenen Linken die Rede vom Verrat der Sozialdemokratie. Andererseits ist die Christopher-Clark-Debatte von 2014 ("Die Schlafwandler") bei weitem noch nicht in der Linken angekommen. Dass es nicht um eine Relativierung der deutschen Kriegsschuld von 1914, sondern um die Warnung davor ging, wie leicht überforderte und rückwärtsgewandt strukturierte Eliten auf allen Seiten (einschließlich der eines großen Teils der sozialdemokratischen) eine Zivilisationskatastrophe gewaltigen Ausmaßes auslösen können, wurde in linken Diskursen weithin übergangen. Dabei ist dieser Ansatz auch für die Debatte über den Kriegsausgang und seine Folgen essentiell.
- Die Diskussion um die die deutsche Revolution vom 9. November 1918 wäre auch für die deutsche Linke dringend wieder auf zu nehmen, über die Weimarer Verfassung hat Die Linke in den letzten Jahren einiges veranstaltet, in die Breite der Partei und in die Öffentlichkeit ist davon zu wenig gekommen. Fragen des Verhältnisses von Rätedemokratie und parlamentarischer Demokratie wären wieder neu aufzunehmen – ebenso wie Krieg und Revolution, Linke und ihr Verhältnis zu Gewalt und Staatsmacht, Politik und Ökonomie. Sowohl für „Reformisten" wie „Revolutionäre" war die Gestaltung der Nachkriegsgesellschaften und der internationalen Nachkriegsordnung eine erste umfassende Realitätsprobe auf die Tauglichkeit ihrer Konzepte und ihrer politischen Praxis.
- Eine solche Diskussion um die beiden erstgenannten Punkte hätte nicht nur eine grundsätzliche, sondern auch eine aktuelle strategische Dimension: Wie aktuell die Notwendigkeit ist, das einhundertjährige Schisma der Linken zu überwinden, wollen wir dem gesellschaftspolitischen Mainstream der Mitte-Parteien etwas entgegensetzen, dürfte evident sein.
- Die Befassung mit dem Versailler Vertrag dürfte weitere große Fragen aufwerfen, um die wir uns parteiintern wenig Gedanken machen: Wie schließt man Frieden? Und, mit Blick auf den sogen. Kleinen Versailler Vertrag: Wie sichert man Minderheitenrechte im Rahmen internationaler Verträge?
- Zu reden wäre, immer auch mit den Protagonisten in unserer Nachbarschaft, darüber, wie Staatenbildung sich damals

vollzogen hat und wie sie sich heute vollzieht, vollziehen könnte, sollte.

● Die Tatsache, dass die damaligen Staatsgründungen, vor allem aber die Wiedererlangung der Staatlichkeit Polens eng verbunden waren mit und fundiert waren durch nationalstaatliche Streitkräfte, die sogleich in Folgekriege verwickelt waren, prägt in den osteuropäischen Staaten deren Selbstverständnis; politische Einstellungen zur Verteidigungsfrage Europas haben hier ihre Wurzeln. Gute Nachbarschaft setzt die Akzeptanz unterschiedlicher Perspektiven voraus.

● Im Zustandekommen der internationalen Staatenordnung nach dem Ersten Weltkrieg – der Art und Weise wie dem Ergebnis nach – liegt in vielerlei Hinsicht der Schlüssel zum Verständnis heutiger Probleme, die auch in der Linken zu heftigen, polarisierten Diskussionen führen. Das betrifft etwa den nahöstlichen Raum und insbesondere den Komplex Balfour-Deklaration.

● Es hängt auch eine lange, neu und breit zu besprechende Geschichte der kolonialen Befreiungsbewegungen, China, Vietnam als Beispiele, folgenreicher Entscheidungen in der arabischen Welt mit dem Ende und den Verhandlungen danach zusammen.

● Auch zum Verständnis der transatlantischen Beziehungen Deutschlands, der Politik Stresemanns zur Stabilisierung bis 1928, könnten und sollten Linke sich neu austauschen und den Dialog mit den Nachbarn, der eigenen Öffentlichkeit sowieso, suchen.

● Das schwierige Unternehmen EU – wie wird Deutschland und wie die deutsche und europäische Linke auf die Feiern der Unabhängigkeit mancher Staaten reagieren? Werden wir einen Gesprächsfaden zu unseren Nachbarn, Linke und darüber hinaus, in dieser Sache aufnehmen?

Wie man sehen kann gibt es mehr als nur schmale Pfadabhängigkeiten heutiger deutscher und europäischer, besonders auch nachbarschaftlicher Probleme. Und mehr als nur einzelne Themen einer politischen Agenda, wie sie die Linken in Europa, die Linke in Deutschland heute entwickeln und verfolgen müssten, um an einem politischen Wechsel teilhaben zu können, werden im kommenden Jubiläumsjahr des Endes des Großen Krieges aufgerufen werden.

Ein erster Schritt, wollen wir es nicht bei der einen oder anderen Veranstaltung der RLS belassen, wäre die Unterschrift von Politikerinnen und Politikern der Linken unter das Papier **„1918 – 2018. Ein Manifest“: 1918-2018.org/ein-manifest/**

1918–2018: Ein Manifest

Es sollte der Krieg sein, der alle Kriege beendet. Als vor fast einhundert Jahren, am 11. November 1918, der Erste Weltkrieg an der Westfront endete, schien eine neue Epoche der Geschichte anzubrechen, geprägt von Frieden, Demokratie und Menschenrechten, von nationaler Selbstbestimmung und internationaler Verständigung. Das Frauenwahlrecht begann seinen Siegeszug. Der Völkerbund sollte internationales Recht durchsetzen. Und bei vielen Menschen außerhalb Europas weckte das Versprechen von Selbstbestimmung auch Hoffnung auf das Ende des Kolonialismus. Doch alle Seiten, Sieger und Besiegte, neue und alte Nationalstaaten, verspielten diese Chance zu einer dauerhaften Friedensordnung – in Europa und der ganzen Welt. Zwei Jahrzehnte danach begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der nächste Großkonflikt mit noch schlimmeren Verheerungen, höheren Opferzahlen und unvorstellbaren Verbrechen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gewann Westeuropa im transatlantischen Bündnis Zeit für eine stabile und friedliche Entwicklung und schuf mit der Europäischen Einigung ein Projekt des Friedens und des Wohlstandes, das aus den Schrecken der jüngsten Vergangenheit Lehren zog. Doch heute, fast 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen und der Vereinigung des Kontinents, sind Demokratie, europäische Integration und auch der Frieden wieder in Gefahr. Etliche der gegenwärtigen Spannungen und Krisen erinnern an jene Schwierigkeiten, die durch die nach 1918 geschlossenen Friedensverträge gelöst werden sollten. Was damals ungelöst geblieben ist, erfährt heute erschreckende Aktualität. Lag der schweizerische Historiker und Diplomat Paul Widmer doch richtig, als er 1993 formulierte, Europa habe zwar die Folgen des Zweiten Weltkriegs leidlich bewältigt, laboriere aber weiter an denen des Ersten?

Das Russland Putins tut sich schwer, die Unabhängigkeit der Ukraine, die vor einhundert Jahren zum ersten Mal ausgerufen wurde, zu akzeptieren, und erst recht ihren Weg nach Westen. Ähnliches gilt für Georgien und die baltischen Staaten, die ebenfalls nach dem Ersten Weltkrieg erstmals eigenständig wurden. Die Staatenordnung, die nach 1918 im Nahen und Mittleren Osten entstand, hat sich nicht als haltbar erwiesen. Die Türkei leidet heute mehr denn je unter dem Phantomschmerz, die Bedeutung des Osmanischen Reiches verloren zu haben. Heute lebt die Menschheit erneut in einer multipolaren, instabilen und krisenhaften Welt – ähnlich wie nach 1918.

Im kommenden Jahr werden all diese Fragen zusätzliche Aktualität bekommen. Viele Länder Europas werden das Centennium ihrer staatlichen Unabhängigkeit oder ihres Sieges feiern. Andere werden eher an Niederlagen und deren Folgen erinnern. In West und Ost haben populistische Bewegungen, die parlamentarischer Demokratie und europäischer Integration skeptisch gegenüberstehen, an Zulauf gewonnen. Es droht eine neue Welle des Nationalismus. Wird es gelingen, dem Gedenken an das Ende des Ersten Weltkrieges dennoch eine – erneuerte – europäische Perspektive zu geben?

Es geht um mehr, als allein an die Opfer eines schrecklichen Krieges und an seine Folgen zu erinnern. Zu würdigen sind die Bedeutung des Friedens für Europa und die Welt, die Ideen eines universalen Völkerrechts und der rechtsstaatlichen Demokratie. Der erste Anlauf, diesen Werten nach 1918 weltweit Gestalt zu geben, scheiterte. Mit der Gründung der Vereinten Nationen und der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde nach 1945 ein zweiter Versuch unternommen. In Europa kam dies aber zunächst nur der westlichen Hälfte zugute. Nach dem Ende des Kalten Krieges schienen sich diese fundamentalen Werte endgültig durchzusetzen. Doch heute stehen sie unübersehbar und fast überall wieder unter Druck. Die einhundertste Wiederkehr des Kriegsendes und des Bemühens nach 1918, eine umfassende Friedensordnung herzustellen, ist der geeignete Zeitpunkt, über Grenzen hinweg ein deutliches Zeichen zu setzen für Menschenrechte und Meinungsfreiheit, für Rechtstaatlichkeit und Einhaltung des Völkerrechts.

Dazu wollen wir aufrufen!

Initiative 1918 – 2018

http://1918-2018.org/

Initiatoren: Markus Meckel, Politiker, Berlin; Etienne Francois, Historiker, Berlin; Bettina Greiner, Historikerin, Berlin; Oliver Janz, Historiker, Berlin; Sven-Felix Kellerhoff, Publizist, Berlin; Martin Lengemann, Fotograf, Berlin; Gorch Pieken, Historiker, Dresden; Stefan Troebst, Historiker, Leipzig

Stand der Unterstützung: Weit über hundert Leute aus bislang 21 Staaten. http://1918-2018.org/unterschriften/

26. FEBRUAR
1920
ÖSTERREICH

Österreichs Arbeiterkammer – gegründet in der Ersten Republik

Was sind die Arbeiterkammern? Die Kammer für Arbeiter und Angestellte (AK), ist die gesetzliche Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen in Österreich, gegründet 1920. Ihre heutige rechtliche Grundlage bildet das Arbeiterkammergesetz 1992 (kurz AKG, zu finden im BGBl. I 626/91). Für die meisten Arbeitnehmerinnen besteht eine Pflichtmitgliedschaft in der Kammer. Es gibt ähnliche Interessenvertretungen in den deutschen Bundesländern Bremen (Arbeitnehmerkammer Bremen) und Saarland (Arbeitskammer des Saarlandes) sowie in Luxemburg. Die italienischen Camere del lavoro sind dagegen örtliche Zusammenschlüsse von Gewerkschaften auf freiwilliger Grundlage.

Die Arbeiterkammern sind ins öffentliche Interesse gerückt. Die Gewinner der Nationalratswahl Kurz und Strache sind sich, so scheint es, in ihren Beratungen einig. Sie kündigen an, die Zwangsmitgliedschaft bei den Kammern soll aufgehoben werden und die Mitgliedsbeiträge gesenkt werden.

Eigentlich könnte Österreich auch als „Kammerstaat“ bezeichnet werden. Der Kammerstaat, die Sozialpartnerschaft – die für die österreichische politische Praxis so spezifische Form der Mitwirkung von gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Landwirtschaft an der staatlichen Willensbildung – war schon zu Haiders Zeiten in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen gerückt. Natürlich hatte die Partei um Jörg Haider nur die „roten“ Arbeiterkammern im Auge. Die Institution der Arbeiterkammer wurde von der FPÖ aber auch von Teilen der ÖVP heftigst angegriffen. Der Kommunistische Bund Österreichs hat in den 70er Jahren allerdings aus anderen Überlegungen die Auflösung der Arbeiterkammer empfohlen

Kurze Geschichte – Wann wurde die Arbeiterkammer gegründet?

Der Krieg war verloren. Der geplante Anschluss der jungen Republik an das Deutsche Reich (Anschluss) wurde von der Pariser Friedenskommission 1919 untersagt. Am 24. 3. 1919 musste Exkaiser Karl mit seiner Familie Österreich Richtung Madeira verlassen. Die Nationalversammlung beschloss am 3. 4. 1919 die Landesverweisung und Enteignung des Hauses Habsburg-Lothringen (Habsburger-Gesetz) und die Abschaffung des Adels. Die Monarchie war zerstört, der Adel abgeschafft, die Arbeiterklasse im Aufbruch. Revolution in Russland, Räterepublik in Ungarn und Bayern. Die Führer der österreichischen Sozialdemokraten lehnten den direkten Kampf um die Macht ab (siehe Lenins Brief an die österreichischen Kommunisten). Widerstand im bürgerlichen Lager gegen die Forderungen der Arbeiterschaft. Trotzdem. Es ist in erster Linie den Rahmenbedingungen des politischen und sozialen Umbruchs 1918–1920 zu verdanken, dass es Ferdinand Hanusch in einer Reihe von sozialpolitischen Pioniertaten gelang, am 26. Februar 1920 das Gesetz über die Errichtung von Arbeiterkammern im Parlament einstimmig durchzubringen. Ferdinand Hanusch (1866–1923), war eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Sozialpolitik in der Ersten Republik, der von 1918 bis 1920 das Staatsamt für soziale Verwaltung leitete. In dieser Zeit war die sozialdemokratische Partei, der Hanusch angehörte, in der Regierung.

Denkmal (in der Nähe des Parlaments in Wien) mit der Inschrift: „Der Erinnerung an die Errichtung der Republik am 12. November 1918“. Die Büsten stellen Jakob Reumann, Victor Adler und Ferdinand Hanusch dar. (Foto: privat)

Unter Staatssekretär Hanusch entstanden so wesentliche soziale Regelungen wie die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe, das Gesetz über die Kinderarbeit, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche sowie schließlich das Betriebsrätegesetz, das Arbeiterurlaubsgesetz, das Achtstundentagsgesetz, das Kollektivvertragsgesetz sowie das Arbeiterkammern- und das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Hanusch hat mit diesen Gesetzen wesentliche Fundamente der modernen Sozialpolitik und der Sozialpartnerschaft in Österreich gelegt. Diese sozialen Errungenschaften, so selbstverständlich sie uns heute scheinen, wurden bekämpft. Während sich die wirtschaftliche und kulturelle Lage der Ersten Republik all-

Arbeiterkammer und Gewerkschaften

Die Arbeiterkammern sind in Österreich nicht die einzige Interessenvertretung der Beschäftigten, wie anderorts auch gibt es dort Gewerkschaften, die im Gegensatz zu den Arbeiterkammern auf freiwilliger Mitgliedschaft begründet sind. Um das Konzept der Arbeiterkammern besser zu verstehen, soll an dieser Stelle kurz erläutert werden, wie sich deren Kompetenzen und Aufgaben von den gewerkschaftlichen Tätigkeitsfeldern unterscheiden, bzw. überschneiden oder ergänzen. Grundsätzlich sind die Aufgaben der Arbeiterkammern gesetzlich festgelegt, wohingegen die Gewerkschaften als Vereine ihre Ziele selbst festlegen können. Dabei gibt es einige Überlappungen: sowohl Arbeiterkammern als auch Gewerkschaften vertreten beispielsweise die Interessen der Beschäftigten im Betrieb und gegenüber der Politik, dazu gehört auch Rechtsberatung und Rechtsbeistand bei Konfliktfällen im Betrieb. Des weiteren unterstützen beide die betriebliche Vertretung der Beschäftigten durch Information, Beratung und anderweitige Hilfestellung.

Die Arbeiterkammern nutzen außerdem ihre fachliche Kompetenz für Stellungnahmen im Gesetzgebungsprozess. Generell profitieren die Gewerkschaften von der Expertise der Arbeiterkammern, die manchmal auch als „Think Tank“ der Gewerkschaften verstanden werden. Es sollte deshalb keine Überraschung sein, dass die Arbeiterkammern oft eng mit Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Doppelt gemoppelt? Bedeutet das Bestehen von Arbeiterkammern, dass die Gewerkschaften in Österreich überflüssig sind? Dagegen spräche der relativ hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad von 27-28% (In der BRD liegt er bei 18%). Außerdem liegen bestimmte Kernaufgaben der Gewerkschaften außerhalb des Mandats der Arbeiterkammern, beispielsweise die Arbeit im Betrieb und die wohl wichtigste Funktion einer Gewerkschaft: Tarifverhandlungen mit den ArbeitgeberInnen. Sie stehen deshalb nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen sich, um die Interessen der Beschäftigten zu wahren. Es sind einfach zwei verschiedene Funktionen, die die beiden Organisationen im gesellschaftlichen Getriebe ausfüllen. *Stephen Schindler, B*rüssel

Quellen: Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Von Prof. Kurt Prokop. Überarbeitet und aktualisiert von Wolfgang Greif. 2002. http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen. European Trade Union Istitute.

Literatur in der Ersten Republik: Ein reichhaltiges Universum

Hugo Bettauer: Die Stadt ohne Juden

Anmerkungen: Alle Zitate aus dem iBook „Die Stadt ohne Juden". – Der Roman wurde 1924 verfilmt, der Film dann verboten. – Bettauer war u.a. in Berlin und hat dort einige Skandale aufgedeckt (1921 erschien z.B. das Buch „Bobbie", in dem er einen reichen und mächtigen Kindesentführer beschrieb). – In München arbeitete er im Kabarett „Die Elf Scharfrichter". – Bettauer hat sich u.a für ein modernes Scheidungsrecht, Recht auf Schwangerschaftsabbruch und Straffreiheit für Homosexualität unter Erwachsenen eingesetzt. – Bücher von ihm gibt es unter http://gutenberg.spiegel.de. – Lesenswert auch der Wikipediaeintrag über Hugo Bettauer.

Am 12. November 1918 wurde die Republik „Deutschösterreich" ausgerufen, die Habsburger Monarchie hatte den Verzicht „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften" erklärt. Literatur, Kunst, Theater entfalteten eine unglaubliche Vielzahl und Vielfalt an lange unter der Decke gehaltenen Kreativität. Hugo Bettauer (geb. 1872, ermordet 1925), ein Jugendfreund und Mitschüler von Karl Kraus, geboren als jüdischer Sohn eines Börsenmakler, konvertiert zum evangelischen Glauben, war viel in der Welt herumgekommen und arbeitete nach 1918 als Korrespondent für New Yorker Zeitungen. 1922 veröffentlichte er den Roman „Die Stadt ohne Juden" mit dem Untertitel „Ein Roman von übermorgen". Heute gelesen, stockt einem der Atem, weil er eine in der Tat harmlose Version der Judenverfolgung vorwegnimmt, Bettauer wollte mit dem Mittel der satirischen Übertreibung dem Antisemitismus entgegentreten. Unter dem Ruf „Hinaus mit den Juden" wird der fiktive Bundeskanzlers Doktor Karl Schwertfeger das Gesetz zur Ausweisung aller Nichtarier („Juden und Judenstämmige") aus Österreich eingehend begründen. „Ja, meine Damen und Herren, ich bin ein Schätzer der Juden, ich habe, als ich noch nicht den heißen Boden der Politik betreten, jüdische Freunde gehabt, ich saß einst in den Hörsälen unserer Alma mater zu Füßen jüdischer Lehrer, die ich verehrte und noch immer verehre, ich bin jederzeit bereit, die autochthonen jüdischen Tugenden, ihre außerordentliche Intelligenz, ihr Streben nach aufwärts, ihren vorbildlichen Familiensinn, ihre Internationalität, ihre Fähigkeit, sich jedem Milieu anzupassen, anzuerkennen, ja zu bewundern!" Diese Einleitung stellt die zynische und beleidigte Antwort auf öffentliche Angriffe der „liberalen Blätter wie die sozialdemokratischen, mit einem Wort alle von Juden geschriebenen Zeitungen" dar und regelt verwaltungstechnisch die Durchführung der Judenausweisung. Bettauer lässt dann aus den verschiedensten Milieus die Wirkung eines solchen Gesetzes fassbar werden. Nicht nur private Traumata (z.B. Schwiegersohn ist jüdisch, Tochter und Kind gehen mit ihm weg und die Eltern werden einsam), geschäftliche Einbußen (am Beispiel der „Mädchen aus der Gumpendorfstraße"), sondern vor allem die Gesamtveränderung der Stadt Wien werden beschrieben. Die Stadt wird arm ohne die Juden, Theater und Kaffeehäuser verwaisen, alles geht den Bach runter. Wie die Nationalsozialisten dann in echt die Volksgemeinschaft angefüttert haben und Prunk und Protz und Pathos zum Schüren des Übermenschengefühls genutzt haben, hat Bettauer nicht vorausgesehen, wie auch den undenkbaren Massenmord des Holocaust. Bettauer endet seinen Roman mit dem Einsehen der Regierung, dass die Stadt die Juden braucht und sie daher nach einer Regierungskrise das Gesetz zurücknimmt und die Juden wieder willkommen heißt. Für dieses satirische Buch über den primitiven Antisemitismus hat Bettauer mit dem Leben bezahlt: ein Nazi hat ihn 1925 in seiner Redaktion niedergeschossen.

Eva Detscher, Karlsruhe

Karl-Marx-Hof in Wien, ein Beispiel für den sozialdemokratischen Wohnungsbau in der Ersten Republik. (Foto aus einer Ausstellungsinfo übers Rote Wien; privat)

mählich konsolidierte, verschärften sich die Gegensätze zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Seite von Jahr zu Jahr. Beide großen Parteien gründeten bewaffnete Wehrverbände, die Frontkämpferorganisationen entstanden ab 1920 und die Heimwehren 1921–23, der Republikanische Schutzbund 1923. Das Linzer Programm der SPÖ, die Entwicklung des Austromarxismus, die Verstärkung der Heimwehrbewegung und des Austrofaschismus kennzeichneten die Lage. Der Freispruch von Arbeitermördern im Schattendorfer Prozess waren Anlass die Wiener Julirevolte, der Justizpalastbrand ging 1927 in Flammen auf. 1933 wurde die KPÖ, 1934 die SPÖ verboten. Der weitere Lauf der Tragödie ist bekannt.

Die sozialen Errungenschaften der ersten Republik waren für das Selbstverständnis der Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung und haben überdies ganz wesentlich zur Erhaltung des sozialen Friedens und zum gelungenen Aufbau der demokratischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg beigetragen.

Es war ein langer, steiniger Weg vom ersten klar umrissenen Konzept für eine Arbeiterkammerorganisation, einem Memorandum aus dem Jahre 1872, dessen Inhalt von einer Volksversammlung der Wiener Arbeiter beschlossen und an Reichsrat und Regierung übermittelt wurde. Es war die Forderung nach Einrichtungen, „die sämtliche Arbeiterangelegenheiten, Wünsche und Vorschläge in Beratung zu nehmen hätten".

Literatur: Heidemarie Uhl, **Geschichte der steirischen Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Ersten Republik,** Europaverlag, Wien 1991

Die Arbeiterkammern heute

Ergänzend zu den nebenstehenden Ausführungen einige Anmerkungen:
Die AK finanziert sich aus einer Umlage von 0,5 Prozent des Bruttogehalts aller Beschäftigten, die automatisch, als Teil des Sozialversicherungsbeitrages, vom Lohn abgezogen und den Arbeiterkammern zugeleitet wird. Das sind im Schnitt 7 Euro und maximal 14,50 Euro. Beamte sind nicht Mitglieder der AK.
In jedem der neun Bundesländer gibt es eine eigene Arbeiterkammer, die zusammen die Bundesarbeitskammer (BAK) mit Sitz in Wien bilden.
Öffentliche Aufmerksamkeit (Publikumswirksame TV Auftritte) erhält die Arbeiterkammer bei Fragen des Mietrechts und beim Konsumentenschutz .

Augustin Kargl, Steiermark

Inhalt

Brexit – Start der zweiten Verhandlungsrunde fraglich 2

Forcierte Militarisierung – EU-Rüstungsfonds 3

Griechenland: Syriza-Regierung zahlt 1,4 Milliarden Euro an ärmere BürgerInnen aus und vermeldet wirtschaftliche Erfolge 3

Die Bildung der Regierung – Zweiter Akt eines politischen Dramas 5

Landesparteitag Die Linke BW 6
Beobachtung von Gökay Akbulut sofort beenden!

Auslandsnachrichten 8
Schweiz: Frontalangriff auf den Arbeitnehmerschutz • Spanien: Streik im Altenpflegebereich beendet • Portugal: Größter Schulstreik seit Jahrzehnten • Mauretanien: Privatisierung im Bildungswesen • Togo: Dreitägiger Streik der Lehrer • Kenia: Krankenschwesternstreik beendet • Indonesien: Schikane gegen Gewerkschafter*innen • USA: Henkel setzt Streikbrecher ein • Brasilien: Demonstrationen gegen Arbeitsmarktreformen

Sozialverbände zur Regierungsbildung 10
VdK: Neue Bundesregierung muss soziale Spaltung in allen Altersgruppen bekämpfen • Paritätischer fordert Maßnahmen gegen Altersarmut • Immer mehr wohnungslose Menschen • „Rente für Gefangene" endlich umsetzen • Misereor: Revision der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und Bildungsoffensive für afrikanische Jugend • AU-EU-Gipfel: Hoffnungen auf Neustart für gerechten Handel

Der „soziale Zusammenhalt" ist wichtig! 12

Kommunale Politik 13
Wohnungslose sind die Leidtragenden einer verfehlten Wohnungspolitik: Berlin • Winterhilfe 2017/18: Köln • Von Dassel kapiert es einfach nicht: Berlin-Mitte • Soziale Kälte trifft vor allem Wohnungslose: Chemnitz • Handlungskonzept Wohnen: Keine sozialen Korrekturen. Bochum • Anfrage: Unbezahlbarer Wohnraum auch bei geförderten Wohnungen. München

Chancen und Fallstricke – Die EU hat eine Säule sozialer Rechte bekommen 15

Was tun gegen die rechte Theorie? Umstrittener Auftritt in New York 18

Andreas Voßkuhles „Ein Populist ist ein Gegner der Demokratie" 19

Vorschlag an Die Linke, sich mit dem Jubiläum zum Ende des Großen Krieges ernsthaft zu befassen 20
1918–2018: Ein Manifest

Kalenderblatt 1920, Österreichs Arbeiterkammer – gegründet in der Ersten Republik 22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 18. Januar 2018. Redaktionsschluss: Freitag, 12. Januar. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Die Erscheinungstermine 2018: 18. Jan., 15. Feb., 15. März, 12. April, 11. Ma i, 7. Juni, 12. Juli, 23. Aug., 11. Okt, 8. Nov., 6. Dez.

Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung – Arbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE

Einladung zur Winterschule Donnerstag, den 4.1., bis Samstag, den 6.1.2018

Inhaltliche Vorbereitung der Winterschule, Stand der Planung.
Übergreifendes Thema ist:

Der Nationalismus im Zeitalter der deutsch-französischen Kriege der Moderne. Seine Rechtfertigungslegenden in Staatsphilosophie, Religionen und Ökonomie des 19ten Jahrhunderts.

Die Vorbereitung wird so angelegt, dass je nach Zahl und Interesse der Teilnehmenden eine thematische Aufteilung erfolgt oder in einem Kurs gemeinsam gearbeitet werden kann.
Bisherige Textvorschläge:
Bereich Philosophie. Nachfolgende Literatur werden wir in Auszügen lesen: Heinrich Heine, „Die romantische Schule" – Walter Pauly, Klaus Ries: „Staat, Nation, Europa in der politischen Romantik" – Johann Gottlieb Fichte: „Reden an die deutsche Nation" – Sabine A. Haring: „Verheißung und Erlösung"; Religion und ihre weltlichen Ersatzbildungen – Willfried Spohn: „Nationalismus und Religion". Vorbereitung Karl Helmut Lechner, Eva Detscher
Bereich Wirtschaft (Auszüge): Johann Gottlieb Fichte, Der geschlossene Handelsstaat, 1800. – J.B. Say, Katechismus der National-Oekonomie, Aus dem Französischen, Stuttgart 1827 – Friedrich List: Das nationale System der politischen Ökonomie, Stuttgart/Tübingen, 1841. Grundzüge der Staatswirtschaft – M. Blanqui (Adolphe-Jérôme), Übersetzt von Ignaz Heldman, Leipzig 1827 Die Textsuche ist noch nicht abgeschlossen. Vorbereitung Martin Fochler, Rüdiger Lötzer.

Informationen zur Winterschule 2018

Beginnt am Do 4.1. (14 Uhr), und dauert bis Sa, 6.1.2018 (17 Uhr). Wir tagen in der „JH Hochheimer Straße", in der „JH Klingenstraße" übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 Meter Fußweg.

Die Kosten für Ü/F betragen voraussichtlich 37 Euro/Tag und Person. Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen. Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden. – Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert.

Anmeldung: Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um Anmeldungen bis 7. Dezember und nur bei hannereiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Jahres-Tagung der Arbeitsgemeinschaft am Donnerstag, den 4. Januar. Vorläufige Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Tagesordnung
2. Bericht zur aktuellen Situation der ArGe:
   • Anerkennung als Bundes-Arbeitsgemeinschaft
   • Finanzen
   • Bericht vom Treffen der bundesweiten Zusammenschlüsse
3. Vorbereitung Sommerschule, Termin und Themensammlung
4. Wahl von Sprecherin und Sprecher unserer Arbeitsgemeinschaft
5. Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag
   • Zwei Delegierte
   • Zwei Ersatzdelegierte
6. Verschiedenes

Brigitte Wolf, Sprecherin

Zum Vormerken: Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 24. und 25. März 2018 in Mannheim

Themen:

- Europäische Projekte der wirtschaftlichen Entwicklung im Bereich der Mobilität am Beispiel Deutschland / Frankreich.
- Europäische Projekte der sozialen Versicherungen und Gewährleistungen am Beispiel Deutschland / Frankreich.

Die Tagung und eventuelle Übernachtungen finden wie im vorigen Jahr in den Räumen der Jugendherberge Mannheim statt.